

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Anliegend übersende ich Ihnen zur Unterrichtung der Mitglieder des Thüringer Landtags den Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Prof. Dr. Hoff
Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
und Chef der Staatskanzlei

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Der Bericht wurde mit Schreiben des Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 25. September 2018 an den Präsidenten des Landtags zugeleitet und wurde als Anlage übernommen.

Druck: Thüringer Landtag, 9. Oktober 2018



**Bericht der Landesregierung zur
Umsetzung des Thüringer Landes-
programms für Demokratie, Toleranz
und Weltoffenheit**

Berichtszeitraum: Januar bis Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Programmstruktur	4
2.1 Organisationsstruktur	4
2.2 Leitziele	5
2.3 Finanzieller Rahmen	7
2.4 Zusammenarbeit mit Bundesprogrammen	8
3. Bericht zur Umsetzung der Strukturen und Projekte	10
3.1 Förderung und Unterstützung von lokalen Strategien, insbesondere lokaler Partnerschaften für Demokratie	10
3.2 Förderung der Mobilen Beratung	12
3.3 Förderung der Opferberatung	14
3.4 Förderung der Ausstiegsberatung	15
3.5 Förderung von Beratungsangeboten in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen	16
3.6 Förderung von präventiven Angeboten an Schulen	18
3.7 Förderung von präventiven Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung	21
3.8 Umsetzung von Qualifizierungsangeboten für spezifische Zielgruppen	21
3.9 Förderung begleitender Dokumentation und Forschung	23
3.10 Förderung weiterer Maßnahmen einschließlich zivilgesellschaftlicher Projekte und Aktivitäten	26
4. Bericht zur Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns	29
4.1 Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung	29
4.2 Inklusiver Sozialpolitik und Integration	32
4.3 Verwaltung, Polizei und Justiz zu angemessenem Handeln befähigen	34
4.4 Wissenschaftliche Begleitforschung	35
5. Verschiedene Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Evaluation ..	37
5.1 Vernetzungsarbeit	37
5.2 Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation	38
5.3 Homepage, Facebook und Materialien	40
5.4 DemokratiepPreis	41
6. Fazit	42

1. Einleitung

Mit einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags in der 1. Sitzung der 5. Legislatur am 29. September 2009 wurde die Landesregierung gebeten, „Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln.“

Diese Aufgabe wurde auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD von 2009 festgelegt und die Einrichtung eines „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ vereinbart. In den Jahren 2011 bis 2014 nahm das Programm seine Arbeit auf und etablierte eine Förder- und Vernetzungsstruktur für die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen und Projekte.

Im Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2014 bekannten sich die regierungstragenden Fraktionen zur Fortführung und Weiterentwicklung des oben genannten Landesprogramms. Zur Weiterentwicklung wurde im Jahr 2016 eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller Ministerien der Thüringer Landesregierung und der Zivilgesellschaft (Religionsgemeinschaften, Sportbund, Feuerwehr-Verband, Gewerkschaft, kommunale Spitzenverbände, Bürgerbündnisse, etc.) gebildet. In einem intensiven Diskussionsprozess – insbesondere unter Einbeziehung der Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der Untersuchungsausschüsse zum Terrornetzwerk des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) – wurde ein Programmentwurf erarbeitet, welcher die Grundlage für einen Kabinettsbeschluss am 13. Dezember 2016 zur Neufassung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit darstellte.

Das Landesprogramm hat sich zum Ziel gesetzt, die Engagierten der Zivilgesellschaft zu unterstützen, aber auch die Felder notwendigen staatlichen Handelns zu beschreiben und in einer Gesamtstrategie zusammenzuführen. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung liegt auf einer Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und will den damit verbundenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen begegnen. Dabei wird in den Blick genommen, dass diskriminierende, menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Problem und nicht nur am Rand zu finden sind.

Die Handlungsfelder des Programms sind nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention sowie nach den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns strukturiert. Damit ist das Programm einerseits klar definiert und gegliedert, andererseits betont es auch die Freiheit der Projektträger, vor dem Hintergrund des Leitbildes des Landesprogramms und der Beschreibung der Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen in Eigenverantwortung spezifische Konzepte und Maßnahmen umzusetzen.

Maßnahmen im Themenfeld Bekämpfung von Homo- und Transphobie werden in dem im Jahr 2017 unter Federführung der Thüringer Staatskanzlei (TSK) erarbeiteten „Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt“ umgesetzt. Um dabei vorhandene Ressourcen zu bündeln und sie in ihrer Wirkweise zu optimieren, wurden die beiden Landesprogramme aufeinander abgestimmt.

Mit der Neufassung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde auch ein Bericht zur Umsetzung des Programms an den Thüringer Landtag festgeschrieben, der im zweijährigen Turnus erarbeitet werden soll und nunmehr erstmalig vorgelegt wird. Der Bericht beschreibt die Programmstruktur, den Umsetzungsstand der verschiedenen Maßnahmen und Projekte im Bereich der Zivilgesellschaft sowie in den Bereichen der Landespolitik und stellt die verschiedenen Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der begleitenden Evaluation dar. Der Berichtszeitraum umfasst das Jahr 2017.

2. Programmstruktur

2.1 Organisationsstruktur

In Thüringen werden Maßnahmen, Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Die Koordination des Programms wird im Rahmen des Landes-Demokratiezentrum¹ beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) wahrgenommen. Kernaufgaben dieser Koordinierungsstelle sind die Vernetzung aller im Themenfeld aktiven Akteure sowie die strategische Weiterentwicklung des Programms. Regelmäßige Netzwerktreffen stellen den Informationsfluss und den Erfahrungsaustausch der Akteure unter Einbezug von Bundesprogrammen (beispielsweise „Demokratie leben!“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“) sicher. Zudem obliegt dem Landes-Demokratiezentrum die Empfehlung zur Förderung von Strukturen und Projekten. Alle Ressorts informieren das Landes-Demokratiezentrum im TMBJS regelmäßig über ihre Aktivitäten im Bereich des Landesprogramms. Diese Berichte für 2017 finden sich weiter unten in Kapitel 4.

Als beratende Gremien des Landes-Demokratiezentrum gewährleisten ein Interministerieller Arbeitskreis (IMAK) sowie der Programmbeirat einen engen Austausch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern. Fachliche und ressortrelevante Entwicklungen innerhalb des Landesprogramms werden im IMAK diskutiert und grundsätzlich entschieden. Der Vorsitz des IMAK obliegt dem TMBJS. Die Landeskoordinierungsstelle im TMBJS unterstützt diesen Arbeitskreis, indem alle erforderlichen Informationen gebündelt und zur Entscheidung vorbereitet werden. Im IMAK sind die Thüringer Staatskanzlei und alle Thüringer Ministerien sowie die Landeszentrale für politische Bildung vertreten. Er tagt mindestens zweimal jährlich und tauscht sich regelmäßig mit dem Programmbeirat aus. Er bezieht dessen Empfehlungen in seine Arbeit mit ein und berücksichtigt sie in seiner Entscheidungsfindung. Im Jahr 2017 traf sich der IMAK insgesamt viermal. Neben aktuellen Förderanträgen wurden nachfolgende Schwerpunktthemen behandelt:

- Arbeitsweise des IMAK und Zusammenarbeit mit dem Programmbeirat
- Erarbeitung einer Geschäftsordnung
- Neuausschreibung des Fortbildungsprogramms
- Konzeptauswahlverfahren für die Strukturprojekte des Landesprogramms
- Bericht an den Thüringer Landtag

Zur Beratung des Interministeriellen Arbeitskreises und der Landeskoordinierungsstelle im TMBJS hinsichtlich der fachlichen Weiterentwicklung des Landesprogramms wurde ein Programmbeirat unter Vorsitz eines Vertreters der Thüringer Bürgerbündnisse gebildet. Der Programmbeirat besteht neben einer Vertreterin oder einem Vertreter des TMBJS aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter

¹ Die Begriffe „Landes-Demokratiezentrum“ und „Landeskoordinierungsstelle“ werden im Folgenden synonym verwendet.

- des Landeskuratoriums für Erwachsenenbildung in Thüringen,
- der LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände,
- der evangelischen Kirche,
- der katholischen Kirche,
- der jüdischen Landesgemeinde,
- der muslimischen Gemeinden Thüringens,
- des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
- des Verbandes der Wirtschaft Thüringens,
- der Kommunalen Spitzenverbände Thüringens,
- der Bürgerinnen- und Bürgerbündnisse aus den vier Thüringer Planungsregionen,
- des Landessportbundes Thüringens,
- des Thüringer Feuerwehr-Verbandes und
- des Landesfrauenrats Thüringens.

Der Programmbeirat gibt eine Empfehlung über die Förderung von Strukturen, Projekten und Maßnahmen. Er soll dabei in geeigneter Weise wissenschaftliche Expertise in seine Arbeit einbeziehen und insbesondere die Erkenntnisse des jährlich erscheinenden Thüringen-Monitors für die Fortentwicklung des Landesprogramms reflektieren. Im Jahr 2017 traf sich der Programmbeirat insgesamt dreimal. Neben aktuellen Förderanträgen setzte er sich mit nachfolgenden Schwerpunktthemen auseinander:

- Wahl des Vorsitzes, Diskussion und Beschluss einer Geschäftsordnung
- Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie in Thüringen – Schlussfolgerungen aus dem Thüringen Monitor 2016
- Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie in Thüringen – Einschätzungen des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft
- Konzeptauswahlverfahren für die Strukturprojekte des Landesprogramms

2.2 Leitziele

Die Leitbegriffe des Thüringer Landesprogramms sind Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Das Programm versteht sich als präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen.

Das Landesprogramm richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen, es bildet eine Orientierung für das Regierungshandeln, die Landespolitik und bietet Ressourcen für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Initiativen für eigenverantwortliche Maßnahmen. Dabei sind die folgenden übergeordneten Leitziele maßgebend:

Menschenrechtsorientierte Einstellungen fördern und demokratische Kompetenzen stärken

Durch geeignete Konzepte und Maßnahmen ermöglicht das Landesprogramm die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen. Es wird themenspezifisches und zielgruppenorientiertes Wissen über demokratiegefährdende und demokratiestärkende Aspekte vermittelt. Auf dessen Grundlage bietet das Landesprogramm Gelegenheiten und Räume für Diskurse, die durch demokratische Werte geprägt sind und sich an den Grund- und Menschenrechten orientieren. Es werden Lernprozesse und Kompetenzen im Sinne einer humanistischen Menschenbildung angestoßen, indem sie ein Denken in Zusammenhängen und in Alternativen fördern, durch Erinnerungsarbeit historische Bezüge in vielfältiger Perspektive herstellen, gesellschaftliche Vielfalt und Diversität als Chance und Bereicherung verdeutlichen, Inklusion und Interkulturalität unterstützen, die Fähigkeit zur Differenzierung und zur gesellschaftlichen Analyse vermitteln, Empathie, Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zur Selbstreflexion entwickeln, Mündigkeit und Autonomie aufbauen, soziales und gewaltfreies Handeln fördern sowie zum gesellschaftlichen Engagement auf der Basis der Grund- und Menschenrechte und des demokratischen und sozialen Rechtsstaates motivieren.

Demokratische Erfahrungsräume ermöglichen und eine beteiligungsorientierte Alltagskultur entwickeln

Demokratische Einstellungen und eine entsprechende Alltagspraxis werden durch Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung, von Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit gestärkt. Das Landesprogramm versteht sich in diesem Zusammenhang als ein Programm, das gesellschaftliche und demokratische Bildungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsprozesse fördern und das politische Partizipationsniveau erhöhen will. Ziel ist es demokratische Erfahrungsräume zu ermöglichen und eine beteiligungsorientierte Alltagskultur zu entwickeln.

Gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse gestalten und Antidiskriminierungsarbeit stärken

Im Rahmen des Landesprogramms werden Konzepte und Projekte umgesetzt, die gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse fördern und gestalten sowie sich aktiv und kritisch mit sozialen, kulturellen, demokratischen und politischen Exklusionsprozessen auseinandersetzen.

Diversität unterstützen, Interkulturalität und Internationalität entwickeln

Vielfalt, Diversität und Heterogenität sind Merkmale der heutigen pluralistischen Demokratien. Das Landesprogramm fördert diversitätsorientierte, interkulturelle und internationale Sozialisations- und Bildungsprozesse. Es unterstützt eine entsprechende Öffnung von Institutionen und eine Veränderung von Strukturen.

Zivilgesellschaftliches Engagement anregen und unterstützen

Zivilgesellschaftliches Engagement bildet eine entscheidende Grundlage, sich aktiv mit antidemokratischen und gewaltorientierten Entwicklungen und Einstellungen sowie mit Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Um das

Engagement für Demokratiestärkung und Umsetzung der Menschenrechte zu unterstützen sollen staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln Hand und Hand gehen. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm eine soziale Praxis, die sich vor allem gegen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, des Rechtsextremismus, des Rechtspopulismus und des Neonazismus richtet.

Lokale Aktivitäten unterstützen und im Sozialraum vernetzt wirken

Die Kommune ist ein entscheidender politischer Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gelebt wird. Durch lokal und sozialräumlich verankerte Konzepte unterstützt das Landesprogramm kommunale Akteurinnen und Akteure in der Umsetzung demokratischen, toleranten und weltoffenen Handelns. Diese werden in einem breiten Netzwerk verschiedener Träger vor Ort umgesetzt.

Beratungs- und Unterstützungssysteme bedarfsgerecht bereitstellen

Das Landesprogramm entwickelt und fördert bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungssysteme, die die aktive Auseinandersetzung mit den Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen und damit zusammenhängendes gesellschaftliches Engagement unterstützt. Diese Angebote stellen Personen, Initiativen und Institutionen themen- und zielgruppenspezifische Ressourcen und Kompetenzen im Bereich der primären, sekundären sowie tertiären Prävention zur Verfügung.

Partnerschaft von Staat und Zivilgesellschaft ausgestalten

Die Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Potentialen und das aktive Eintreten für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Politik, Staat und der demokratischen Zivilgesellschaft. Partnerschaft in diesem Zusammenhang bedeutet, das jeweilige Handeln aller Partnerinnen und Partner an den Zielen des Landesprogramms auszurichten, gemeinsame Strategien im kritisch-konstruktiven Diskurs zu entwickeln und die jeweiligen Expertisen und Kompetenzen im Rahmen einer integrierten Gesamtstrategie zu nutzen.

Qualität durch Qualifizierungsangebote, Begleitforschung und Programmevaluation sichern

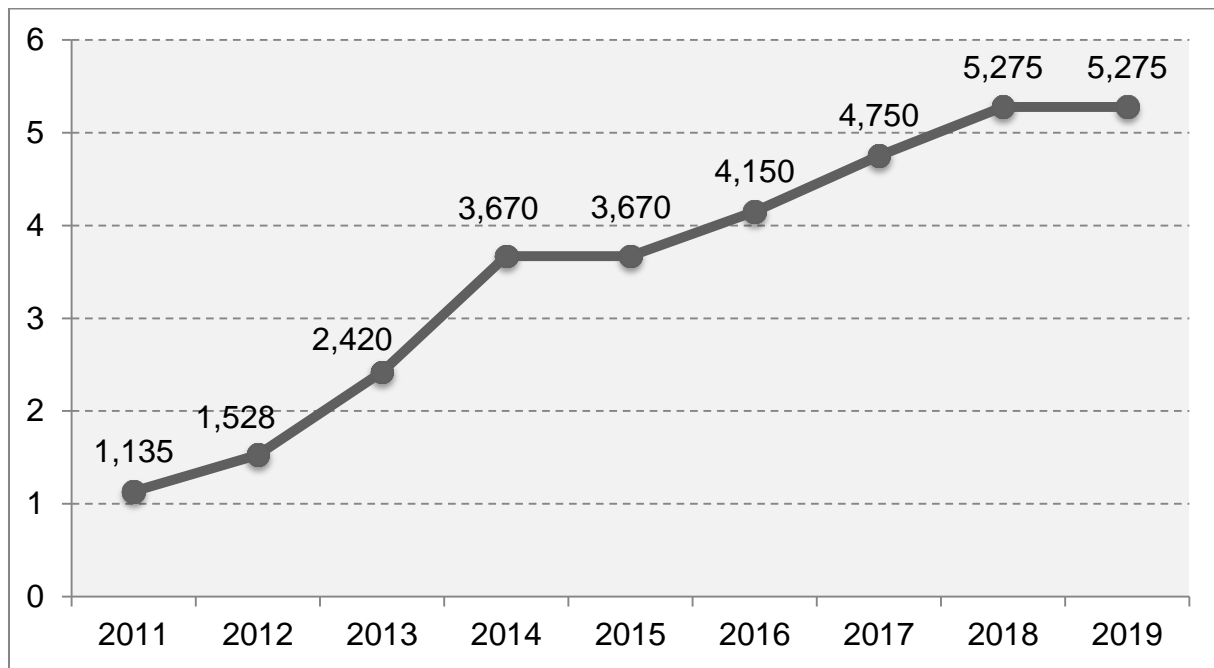
Neben der systematischen Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften und engagierten Akteurinnen und Akteuren bilden begleitende Forschungsvorhaben integrale Bestandteile der fachlichen, strategischen und politischen Weiterentwicklung des Programms.

2.3 Finanzieller Rahmen

Für die Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden im Haushalt 2017 rund 4,75 Mio. Euro veranschlagt. Darüber hinaus standen rund 5,9 Mio. Euro aus den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „De-

mokratie leben!“ zur Verfügung. Seit der Implementierung des Landesprogramms ist die Finanzausstattung stetig angestiegen und lag 2017 gut viermal so hoch wie zu Beginn 2011.

Abb. 1: Entwicklung der Finanzausstattung des Landesprogramms 2011 bis 2019 (Landesmittel in Mio. Euro)



2.4 Zusammenarbeit mit Bundesprogrammen

Das Thüringer Landesprogramm arbeitet mit allen im Themenfeld einschlägigen Bundesprogrammen zusammen. Neben dem fachlichen Austausch werden die Bundesprogramme vor allem genutzt, um die Förderung der Projekte und Maßnahmen im Landesprogramm sicherzustellen.

Wichtigster Bundespartner ist gegenwärtig das Programm „Demokratie leben!“ (www.demokratie-leben.de) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mit einem Fördervolumen von insgesamt 104,5 Mio. Euro in 2017 wurden bundesweit Projekte gefördert. In Thüringen wurden etwa die Partnerschaften für Demokratie, das Landesdemokratiezentrum inklusive der Mobilen Beratung, der Opfer- und der Ausstiegsberatung sowie verschiedene Modellprojekte anteilig gefördert. Ohne diese Bundesförderung wäre das engmaschige Netz an Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten des Landesprogramms nicht denkbar. In 2017 sind allein aus diesem Bundesprogramm finanzielle Mittel in Höhe von rund 4,4 Mio. Euro nach Thüringen geflossen.

Im Landes-Demokratiezentrum werden durch das Bundesprogramm Personalressourcen (zwei Stellen) für die Koordination und fachliche Begleitung der Thüringer Projekte bereitgestellt. Des Weiteren sind Angebote zur Prävention von islamistischem Extremismus angesiedelt. Die „Beratungsstelle Thüringen“ und das Projekt „Islam im Dialog“ in Trägerschaft des

Violence Prevention Network e. V. bieten Fortbildungsveranstaltungen sowie Coaching und praktische Beratung im Themenfeld Islam an. Hauptzielgruppen der Fortbildungsveranstaltungen sind das Fachpersonal der Kinder- und Jugendhilfe, Lehrkräfte sowie Pädagoginnen und Pädagogen. Neben der Sensibilisierung und Wissenserweiterung im Themenfeld Islam und Islamophobie ist die Steigerung der individuellen Handlungskompetenz im Umgang mit radikalierungsgefährdeten und radikalisierte Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein wesentlicher Bestandteil des Angebots. Ergänzt wird dies durch ein Coachingangebot mit einer entsprechend länger angelegten Begleitung der Fachkräfte. Weitere Ziele der Projekte sind der Aufbau eines Kommunikationsnetzwerkes mit den Thüringer Moscheegemeinden, die Etablierung einer Empowermentstruktur für (muslimische) Jugendliche und die Bereitstellung eines Interventionsangebotes bei einer vermuteten oder tatsächlichen Hinwendung zum gewaltorientierten Islamismus.

Für diese Projekte standen im Jahr 2017 aus Bundesmitteln 124.000 Euro und aus Landesmitteln 11.000 Euro zur Verfügung.

Das Programm Zusammenhalt durch Teilhabe (www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de) des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat fördert Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine und Verbände, die intern ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausbilden und somit zur Demokratieentwicklung der Institution beitragen. Wichtigste Partner sind im Freistaat der Landessportbund und der Thüringer Feuerwehr-Verband. Die meisten dieser Projekte verfolgen zudem den Ansatz, ins lokale Gemeinwesen hineinzuwirken und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle zu entwickeln bzw. zu verstärken. In 2017 sind aus diesem Programm insgesamt rund 1,5 Mio. Euro für Thüringer Projekte verwendet worden.

3. Bericht zur Umsetzung der Strukturen und Projekte

3.1 Förderung und Unterstützung von lokalen Strategien, insbesondere lokaler Partnerschaften für Demokratie

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden in Thüringen flächendeckend die kreisfreien Städte und Landkreise unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ (zuvor Lokale Aktionspläne) als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse umzusetzen.

In diesen „Partnerschaften für Demokratie“ arbeiten die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie zur Förderung von Demokratie und gegen demokratiegefährdende Phänomene. Über die in diesem Zusammenhang zu verwirklichenden Einzelprojekte entscheidet ein Begleitausschuss, der neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt wird. Der Begleitausschuss fungiert als strategisch handelndes, zentrales Gremium bei der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“.

Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung der einzelnen Projekte richten die geförderten Kommunen eine Koordinierungs- und Fachstelle ein, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist. Sie ist für die Steuerung der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig, fungiert als Ansprechpartnerin und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei.

Die durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure bei der „Partnerschaft für Demokratie“ beantragten Projekte zur Stärkung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind sehr vielfältig. Laut Monitoring-Befragung des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. haben die Thüringer Partnerschaften im Jahr 2016 insgesamt 525 von bundesweit 4.176 Projekten bewilligt und begleitet. In 2017 reichten die Themen von einer durchgeführten Oberbürgermeister-Jugendwahl, im Rahmen dessen sich jugendgerecht mit den Programmen der aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten auseinandergesetzt wurde, bis hin zu einem auf öffentlichen Plätzen aufgestellten Frühstücksbus, um mit Bürgerinnen und Bürgern zu großen Themen wie Demokratie und Toleranz ins Gespräch zu kommen.

Die Gesamtdaten für 2017 werden gegenwärtig erhoben und liegen dem Landesdemokratiezentrum mit Beendigung des Haushaltsjahres 2018 vor.

Neben der Akquise und Begleitung von Einzelprojekten bildeten in 2017 die Themenfelder Aufbau und die Arbeit von Jugendforen sowie die Auswirkungen einer möglichen Gebietsreform auf die Partnerschaften für Demokratie zwei wesentliche Arbeitsschwerpunkte.

Jede Partnerschaft für Demokratie richtet entsprechend den Leitlinien des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ein Jugendforum ein. Ziel der Jugendforen ist es, die Beteiligung von jungen Menschen im Landkreis bzw. in der kreisfreien Stadt zu stärken. Im Rahmen der Etablierung können vorhandene Strukturen, wie z. B. Jugendparlamente, Jugendbeiräte und/oder Jugendringe genutzt bzw. konzeptionell weiterentwickelt werden. Das Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Es ist im Begleitausschuss personell und mit Stimmrecht vertreten. Gemeinsam mit der fachlichen Begleitung, die durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit finanziert wird, erarbeiten Koordinatorinnen und Koordinatoren der Partnerschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung und Zivilgesellschaft ein Rahmenleitbild der Thüringer Jugendforen. Das Rahmenleitbild richtet sich an alle Akteurinnen und Akteure in Thüringen, die zum Gelingen einer nachhaltigen Etablierung von Beteiligungsstrukturen und -prozessen für Kinder und Jugendliche in der jeweiligen Region beitragen können. Ziel ist es, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen dauerhaft zu verankern. Dafür ist es notwendig, mit den relevanten Akteuren in einem partizipativen Prozess ein Konzept mit überprüfbaren Zielen zu erarbeiten und in eine kommunale Beteiligungsstrategie münden zu lassen. Kinder und Jugendliche sind daran von Anfang an zu beteiligen. Das Leitbild ist auf der Webseite des Landesprogramms unter www.denkbunt-thueringen.de/projekte/partnerschaften-fuer-demokratie/ abrufbar.

Im Hinblick auf eine mögliche Gebietsreform bildeten 2017 die Analyse und der Ausbau partnerschaftsübergreifender Zusammenarbeit eine wichtige Querschnittsaufgabe. In einem Auftaktworkshop tauschten sich die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Partnerschaften über regionale Gegebenheiten und mögliche Schnittstellen der Zusammenarbeit aus. Unterstützt wurde dieser Prozess intensiv durch die wissenschaftliche Begleitung, die im Jahr 2017 neu strukturiert wurde: Aufbauend zum zentralen Auftaktworkshop arbeitete die wissenschaftliche Begleitung mit den Partnerschaften in regionalen Treffen zu Themen wie partnerschaftsübergreifende Veranstaltungen, gemeinsame Überprüfung des Antragsverfahrens für Projektträger etc. Neben dem durch das Bundesprogramm finanzierte Coaching-Verfahren bietet die wissenschaftliche Begleitung des Landesprogramms eine wesentliche Grundlage, sich überregional auszutauschen und dabei vorhandene Synergien nutzbar zu machen.

Nach einem gelungenen Auftakt im Jahr 2016 organisierte das Landes-Demokratiezentrum auch 2017 Fortbildungsveranstaltungen für die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Partnerschaften für Demokratie aus federführenden Ämtern und externen Koordinierungs- und Fachstellen. Es wurden Workshops zu den Themen Kommunikationsräume und Soziale Medien angeboten. Zudem führte die Landeskoordinierungsstelle für die federführenden Ämter einen zentralen Antragsworkshop im Rahmen der Antragsstellung für 2018 durch. Unter Beteiligung einer Vertreterin des Bundesprogramms gab es die Möglichkeit, gemeinsam zu Neuerungen in der Antragsstellung ins Gespräch zu kommen und aktuelle Fragestellungen aus den Partnerschaften zu diskutieren.

Darüber hinaus wurden von der Landeskoordinierungsstelle zwei überregionale Vernetzungstreffen durchgeführt, die als Austausch- und Informationsplattform zu aktuellen Entwicklungen im Bundes- und Landesprogramm als auch zu Entwicklungen im fachpolitischen Diskurs dienten. Einen Themenschwerpunkt im Jahr 2017 bildete das neue Handlungsfeld des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“, in das lokale Gemeinwesen zu wir-

ken. Gemeinsam mit Projektpartnern aus „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wurden erste Schnittstellen erkundet und Kontakte geknüpft. Ein weiterer Schwerpunkt stellte die Präsentation von best practice-Projekten aus zwei Partnerschaften dar, die im Anschluss auf Adaptionmöglichkeiten in andere Regionen diskutiert und überprüft wurden.

Die Anbindung an weitere Strukturen des Landesprogramms wird durch die Teilnahme der Sprecherinnen und Sprecher aus den vier Thüringer Planungsregionen (Ost, Südwest, Mitte, Nord) am Akteurinnen- und Akteursnetzwerktreffen gewährleistet, das quartalsweise stattfindet (siehe Kapitel 5).

Mit 23 „Partnerschaften für Demokratie“ sind diese flächendeckend in allen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten Thüringens vertreten. Im Jahr 2017 erhielt jede Partnerschaft aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ anteilig bis zu 100.000 Euro für Personal- und Sachkosten, den Aktions- und Initiativfonds, den Jugendfonds sowie den Öffentlichkeitsarbeitsfonds. Das Landesprogramm stellte pro Partnerschaft eine Ko-Finanzierung von einer halben Personalstelle für die Arbeit in der Koordinierungs- und Fachstelle sowie je 9.000 Euro für Projekte im Aktions- und Initiativfonds und 1.000 Euro für die Umsetzung des Jugendforums im Rahmen eines Jugendfonds bereit. Insgesamt wurden 22 von 23 bestehenden Partnerschaften² mit 742.657 Euro Landesmitteln gefördert

Gesamtförderung der Thüringer „Partnerschaften für Demokratie“:

Landesanteil	Bundesanteil	Bundesprogramm
742.657 Euro	2.231.53 Euro	Demokratie leben!

3.2 Förderung der Mobilen Beratung

Die Mobile Beratung in Trägerschaft des MOBIT e. V. ist die zentrale Ansprechpartnerin bei Fragen zum Umgang mit Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus. Anliegen der Mobilen Beratung in Thüringen ist es, überall dort Unterstützung anzubieten, wo Menschen sich für demokratische Grundwerte und Menschenrechte engagieren und aktiv gegen die extreme Rechte handeln wollen. Sie bietet den Akteurinnen und Akteuren vor Ort kompetente Beratungshilfe an, um sie zu unterstützen und zukünftig vergleichbare Probleme eigenständig und/oder unter Einbindung lokaler Kooperations- und Bündnispartnerinnen und -partner zu bearbeiten. Der Empowerment-Ansatz im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe bildet die Grundlage des Rollenverständnisses der Beraterinnen und Berater. Methodisch umfasst dieser Ansatz die (Problem-)Sensibilisierung, die Ressourcendiagnostik, die

² Die Partnerschaft für Demokratie in Stadt und Landkreis Greiz wurde 2017 erstmals über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Die ab dem zweiten Förderjahr durch das Bundesprogramm vorgeschriebene Ko-Finanzierung erfolgt seit 2018 durch das Landesprogramm. Im ersten Förderjahr stellte eine Ko-Finanzierung keine Voraussetzung für die Bundesmittel dar, weshalb kein Antrag auf Landesmittel gestellt wurde.

Zielvereinbarung für den Beratungsprozess, die anschließende reflektierte Prozessbegleitung sowie die Hilfe zur Entwicklung, Verstetigung und Stabilisierung lokaler Netzwerke. Gemeinsam mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren wurden Handlungskonzepte für eine Stärkung des demokratischen Gemeinwesens entwickelt und eine lebendige Zivilgesellschaft gefördert. Die Mobile Beratung richtet ihr Beratungsangebot an Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, Vereine und Verbände, professionelle und ehrenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Landes- und kommunalpolitische Verantwortungsträgerinnen und -träger in Politik und Verwaltung. Die Beraterinnen und Berater setzen in der Beratung die mit Mobilen Beratungen anderer Länder gemeinsam entwickelten Qualitätsstandards um.³

Im Berichtsjahr war erneut ein hohes Aktionsniveau der extremen Rechten in Thüringen zu konstatieren. Insbesondere die Anzahl der RechtsRock-Konzerte (unter anderem vier Open-Air-Konzerte mit teilweise bis zu 6.000 Teilnehmern) und die Vielzahl von Übergriffen auf politisch Andersdenkende oder aus rassistischen Motiven sind besorgniserregend. 2017 wurden 53 Beratungsfälle mit 200 Beratungen begleitet. Die Beratung setzt sich aus dem Kernprozess Beratung und flankierenden Stützprozessen (Recherche, Dokumentation und Information, Vernetzung und Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Fort- und Weiterbildungen) zusammen.

Neben den Beratungsangeboten hat MOBIT im Berichtsjahr seine umfangreiche fachliche Expertise in zwei Handreichungen aufgearbeitet und für die Öffentlichkeit nutzbar gemacht. Die Broschüre „Hass und Kommerz“ bietet aktuelles Datenmaterial zur Anzahl, Formaten und Standorten von RechtsRock-Konzerten und reflektiert die Strukturen und Hintergründe der RechtsRock-Szene, insbesondere als wichtige Vernetzungsplattform und die mit den Großveranstaltungen verbundenen Gewinnerzielungsmöglichkeiten für die Szene.

Die im Jahr 2017 komplett überarbeitete Broschüre „Nach den rechten Häusern sehen“ setzt sich mit der Entwicklung von Immobilien, die von der rechten Szene regelmäßig genutzt werden oder sich im Besitz von Angehörigen der rechten Szene befinden, auseinander. Sie informiert über die wichtige Rolle dieser Häuser als Infrastruktur für die Szenearbeit und zur Durchführung von Veranstaltungen und verdeutlicht die zunehmende Zahl solcher Immobilien.

In Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald und dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) führte MOBIT im November 2017 den Fachtag „Wahrheit macht frei – Geschichtsrevisionismus und Holocaustleugnung vom rechten Rand“ für Praktikerinnen und Praktiker der Justiz, Polizei, Schule und Jugendhilfe durch.

Und nicht zuletzt wurden 64 Vortrags- und Fortbildungsveranstaltungen für Interessierte aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen angeboten. Eine besondere Rolle spielte dabei die Filmreihe „Keinen Meter deutschen Boden...“, die im vorletzten Jahr erstellt wurde und in 2017 auf 16 Veranstaltungen präsentiert wurde.

³ Bundesverband Mobile Beratung e. V.: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Inhaltliche und Methodische Grundsätze. Dresden 2017

MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus arbeitet landesweit mit 8 Personalstellen für die Beratung. Die Trägerschaft hat der MOBIT e. V. inne. Die Beratungsteams arbeiten mobil und bieten eine kostenfreie Beratung an.

Landesanteil	Bundesanteil	Bundesprogramm
245.976 Euro	250.119 Euro	Demokratie leben!

3.3 Förderung der Opferberatung

Der Beratungsdienst „ezra – Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ richtet sich an Betroffene von Straf- und Gewalttaten aus Motiven Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, an deren Angehörige und Personen des sozialen Umfelds sowie an Zeuginnen und Zeugen. Die Arbeit von ezra folgt den in den Qualitätsstandards festgeschriebenen Handlungsgrundlagen.⁴ Diese Arbeitsprinzipien sind: Niedrigschwelligkeit, Anonymität und Vertraulichkeit, Parteilichkeit, Unabhängigkeit, Lösungs-, Ressourcen- und Auftragsorientierung sowie Differenzsensibilität und Intersektionalität. Handlungsleitend für die Arbeit sind die Konzepte der Alltags- und Lebensweltorientierung und des Empowerment. Für die Qualität und den Erfolg der praktischen Beratungsarbeit von ezra sind Schlüsselprozesse wie Fallrecherche, Beratung und Unterstützung, Lokale Intervention, Netzwerkarbeit und Monitoring sowie Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich. In 2017 wurde ein Konzept zum Empowerment von Betroffenen von Gewalt und Diskriminierung entwickelt und erprobt. Zur Umsetzung des Konzeptes werden lokale Partnerinnen und Partner einbezogen.

Das vergleichsweise sehr hohe Aktionsniveau der extremen Rechten in Thüringen geht weiterhin mit hohen Übergriffs- und Opferzahlen einher. Im Jahr 2017 recherchierte und dokumentierte ezra 145 Angriffe mit 216 direkt Betroffenen, darunter 18 Kinder. In den meisten Fällen (102) erfolgten diese Angriffe aus rassistischen Motiven, gefolgt von Angriffen auf politische Gegnerinnen und Gegner (29). Entsprechend der hohen Zahl von Betroffenen ist die Anzahl der durch ezra beratenen Personen kontinuierlich hoch. In 2017 wurden durch ezra insgesamt 203 Personen beraten. Dazu gehören Beratungsgespräche, Begleitungen zu Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, zur Polizei und bei Gerichtsverfahren – diese Prozesse ziehen sich oft über Jahre hin. In einigen Fällen (31) war die Unterstützung durch Dolmetscherinnen und Dolmetscher notwendig. Für besondere Notlagen verfügt ezra über einen Opferhilfsfonds, welcher aus Spenden finanziert wird.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wird die Chronik der Opferberatung einmal jährlich auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Fortlaufend informiert ezra über aktuelle Vorfälle auf seiner Homepage und über soziale Netzwerke. Die von ezra erstellte Wanderausstellung „Angsträume“ wurde im Jahr 2017 mehrfach durch Polizeieinrichtungen ausgeliehen. Insgesamt konnte die Kooperation mit der Landespolizeidirektion und insbesondere der Stabsstel-

⁴ Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Qualitätsstandards für eine professionelle Beratung. Berlin 2015

le Polizeiliche Extremismusprävention positiv entwickelt werden. Die Erfahrungen der Opferberatungsstelle fließen unter anderem in die Publikationen des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft mit ein.

In Kooperation mit dem Filmpiratinnen und Filmpiraten e. V. wurde ein Dokumentarfilm zu einem Todesfall aufgrund rechter Gewalt erstellt. Die öffentliche Präsentation fand in 2018 statt.

ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen arbeitet landesweit mit 5,5 Personalstellen. Die Trägerschaft hat die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) inne. Die Beratungsteams arbeiten mobil und bieten eine kostenfreie Beratung an.

Landesanteil	Bundesanteil	Bundesprogramm
188.295 Euro	150.000 Euro	Demokratie leben!

3.4 Förderung der Ausstiegsberatung

Der „Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“ ist konzipiert als Beratungsangebot, das die Kopplung unterstützender Angebote sowohl für Ausstiegswillige als auch für Eltern und Angehörige von Rechtsextremen berücksichtigt. Dabei bietet das Projekt fachliche Unterstützung, um die schwierige Situation der Betroffenen zu verändern. Das Beratungsangebot bezieht auch Fachpersonal ein, das mit Rechtsextremen im beruflichen oder ehrenamtlichen Kontext arbeitet und Unterstützung im Hinblick auf Möglichkeiten des ausstiegsorientierten pädagogischen und professionellen Umgangs mit Rechtsextremen benötigt.

Beim Ausstiegsprozess von der rechtsextremen Szene werden auch Zusatzproblematiken bearbeitet und bei der Integration in ein neues soziales Umfeld (auch Ausbildung/Arbeitsmarkt) unterstützt. Ein Großteil der Ausstiegswilligen zeigt ein hohes Potenzial an Zusatzproblematiken (Schulden, Alkoholmissbrauch, Gewalt). Die Beratungen sind damit oft sehr langwierig. Gleichzeitig waren mehrere Klientinnen und Klienten durch ihren Ausstieg einer Bedrohung durch die rechtsextreme Szene ausgesetzt. Dementsprechend musste hier ein erhöhter Aufwand für die Sicherheit der Beraterinnen und Berater und der Klientinnen und Klienten betrieben werden.

Im Jahr 2017 wurden sieben Aussteigerinnen und Aussteiger als Beratungsnehmerinnen und -nehmer (105 Beratungen) und sechs Personen, die eine Beratung noch ohne festen Ausstiegswillen begonnen haben (43 Beratungen), verzeichnet. Für drei Eltern bzw. Angehörige wurden acht Beratungen durchgeführt und 22 Fachkräfte mit 43 Beratungen unterstützt. Zur Erprobung eines neuen Zugangsweges zur Zielgruppe wurden fünf Gruppenangebote an Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe durchgeführt.

Zur Kontaktaufnahme sind ein Beratungstelefon und ein Anrufbeantworter geschaltet. Des Weiteren sind E-Mailadressen der einzelnen Beraterinnen und Berater eingerichtet, die ebenfalls zeitlich unabhängig zur Kontaktaufnahme zur Verfügung stehen. Über eine Internetseite kann man sich zu den einzelnen Angeboten und der Arbeitsweise des Thüringer Beratungsdienstes informieren und über ein Formular Kontakt aufnehmen.

Der Thüringer Beratungsdienst und seine Angebote werden regelmäßig bei Projektpräsentationen und Fachtagungen vorgestellt. Im Rahmen dessen werden Informations- und Werbematerialien verteilt. Projekteigene Veröffentlichungen, wie z. B. der Elternratgeber „Rechtsextremismus — das betrifft mein Kind?“ oder das Handbuch „Qualität in der Ausstiegsberatung“ sind immer noch aktuell und bieten Ratsuchenden weitere Projektinformationen und Hilfestellungen.

Der Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt arbeitet landesweit mit 4 Personalstellen für die Beratung. Die Trägerschaft hat der Drudel 11 e. V. inne. Die Beratungsteams arbeiten mobil und bieten eine kostenfreie Beratung an.

Landesanteil	Bundesanteil	Bundesprogramm
114.668 Euro	130.000 Euro	Demokratie leben!

3.5 Förderung von Beratungsangeboten in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen

Die Beratungsangebote in den Bereichen Sport, Feuerwehr und sozialen Verbänden und Vereinen sind Kooperationsprojekte des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Die wichtigsten Ziele dieser Förderung sind die Etablierung demokratischer Verbands- und Vereinsstrukturen und die Bearbeitung von diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen im Verband oder Verein. In allen Projekten werden ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausgebildet, die in der Lage sind, Konflikte mit Bezug zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu identifizieren und zu bearbeiten. Eine dauerhafte Verankerung des Angebots in den institutionellen Strukturen der Verbände und Vereine wird durch Etablierung von Beratungs- und Informationsangeboten erreicht. Beinahe alle Projekte verfolgen zudem den Ansatz ins lokale Gemeinwesen hineinzuwirken und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle zu entwickeln. Wichtigster Ansprechpartner sind hierbei die in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten etablierten Lokalen Partnerschaften für Demokratie.

Das Gesamtvolumen der Förderung in diesem Bereich lag 2017 bei knapp 1,5 Mio. Euro, aufgeteilt auf zehn verschiedene Projektträger.

Beteiligt waren in 2017:

- Heimatbund Thüringen e. V.
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen e. V.
- Arbeiterwohlfahrt (AWO) LV Thüringen e. V.
- Thüringer Feuerwehr-Verband e. V.
- Landessportbund Thüringen e. V.
- Arbeit und Leben Thüringen e. V.
- NaturFreunde Thüringen e. V.
- Diakonie Mitteldeutschland e. V.
- Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit (TALISA) e. V. und
- Deutsches Rotes Kreuz e. V., LV Thüringen/Anne Frank Zentrum e. V.

Durch einen regelmäßigen Austausch der Projektverantwortlichen bei Trägertreffen wird ein Erfahrungs- und Wissenstransfer zwischen den Projekten sichergestellt und somit die Qualitätsentwicklung unterstützt. Aufgrund der landesweiten Bedeutung der verbandlichen Angebote sind die Beratungsprojekte des Landessportbunds und des Feuerwehr-Verbands sowie in sozialen Vereinen und Verbänden im Landesprogramm als Strukturprojekte aufgeführt. Gerade im ländlichen Raum Thüringens sind beispielsweise Sportvereine und Feuerwehren oftmals die wichtigsten Vereinigungen, da sie beinahe überall vertreten sind. Wenn man demokratische Grundwerte hier vermitteln und stärken kann und somit ein demokratisches Miteinander entwickeln oder verbessern kann, dann können die Ziele des Landesprogramms in Thüringen flächendeckend verbreitet werden. Das Projekt des Thüringer Feuerwehr-Verbands hat beispielsweise unter dem Titel „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen – für demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“ in 2017 versucht, sowohl innerverbandlich als auch in die Gesellschaft hinein zu wirken. Diese Aktivitäten sollen hier exemplarisch für die Projekte in diesem Bereich kurz dargestellt werden.

Innerverbandlich wurde nach der Entwicklung eines gemeinsamen Curriculums für die Ausbildung der Demokratieberaterinnen und Demokratieberater mit dem Landessportbund Anfang 2017 eine neue Ausbildungseinheit ausgeschrieben, an der sich Mitglieder beider Verbände beteiligen konnten. Diese Einheit wurde in der zweiten Jahreshälfte 2017 begonnen und in 2018 abgeschlossen. Für das bereits bestehende Beratungsnetzwerk im Feuerwehr-Verband wurden neue Fortbildungsmodule geplant und konzipiert. In drei dreitägigen Beratermodulen wurden die Beraterinnen und Berater 2017 weiterqualifiziert.

Parallel dazu wurde Anfang 2017 die Entwicklung eines neuen Leitbildes für den Feuerwehr-Verband abgeschlossen und das Leitbild durch den Vorstand in der Verbandsversammlung verabschiedet. Einige Veranstaltungen dienten in 2017 der Kommunikation dieses neuen Leitbilds, das auch in die neu gestaltete Internetseite eingepflegt wurde. Das Projekt hat außerdem die Projektflyer in 2017 überarbeitet bzw. neu erstellt.

Das Know-how des Projekts wurde im Laufe des Jahres in zahlreichen Workshops an Freiwillige Feuerwehren und an Jugendfeuerwehren weitergegeben. Ein weiterer Schwerpunkt

lag auf dem Wissenstransfer über die Regelstrukturen. Thematische einschlägige Lerneinheiten wurden weiterentwickelt und umgesetzt. Schließlich stand in 2017 die konzeptionelle Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten im Feuerwehr-Verband und in den Jugendfeuerwehren auf der Agenda des Projekts, etwa durch die Unterstützung bei der Ausrichtung des Landesjugendforums des Verbandes. Parallel haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts an Fortbildungen der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms, u. a. zu Qualitätssicherung und Projektdokumentation, teilgenommen. Eine Steuerungsgruppe aus Projektleitung sowie Vorstand und Geschäftsführung des Verbandes traf sich in 2017 mehrfach zur Verbesserung der Anbindung des Projekts an den Verband.

Die Orientierung des Projekts auf Wirkung in das Gemeinwesen wurde in 2017 als Schwerpunkt aufgebaut. In einer Vorbereitungs- und Konstituierungsphase wurden zunächst der Bestand und der Bedarf auf lokaler und regionaler Ebene ermittelt. Ein Überblick über potentielle Partner bei diesem Vorhaben, beginnend bei den Lokalen Partnerschaften für Demokratie des Landesprogramms, wurde gemeinsam mit dem Netzwerk aus allen Thüringer „Zusammenhalt-durch-Teilhabe“-Projekten erarbeitet. In einem Arbeitstreffen dieser Gruppe wurden Wissensbestände und Arbeitsstände ausgetauscht sowie Kooperationen vereinbart. Die zweite Jahreshälfte 2017 wurde genutzt, um gemeinsame Veranstaltungen, Bildungsangebote, Foren und Projekte auf lokaler Ebene und mit lokalen Partnern zu planen und durchzuführen.

2017 bestanden zehn Projekte bei Vereinen und Verbänden. Gefördert wurden Personal- und Sachkosten, wobei in der Regel 80 % der Kosten aus dem Bundesprogramm, 15 % aus dem Landesprogramm und 5 % vom Träger der Maßnahme getragen werden. Im Schnitt verfügten die Projekte über 1,5 Personalstellen.

Landesanteil	Bundesanteil	Bundesprogramm
270.738 Euro	1.489.482 Euro	Zusammenhalt durch Teilhabe

3.6 Förderung von präventiven Angeboten an Schulen

Das „**Netzwerk für Demokratie und Courage**“ in Trägerschaft des Arbeit und Leben Thüringen e. V. ist ein bundesweit agierendes Netzwerk, in dem sich Menschen ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken engagieren. Schwerpunkt des Angebots sind Projektstage an Schulen. In Thüringen hat das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ im Jahr 2017 rund 200 Projektstage an Schulen (Regelschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Förderzentren, berufsbildende Schulen) zur Stärkung des Engagements gegen Rassismus und zur Förderung demokratischer Kompetenzen durchgeführt. Die Projektstage sollen Mut für Zivilcourage machen. In verschiedenen Workshops werden die Themen Rassismus, Sexismus, Gewalt, Vorurteile, Macht(-missbrauch) und die Rolle der Medien bearbeitet. Die Projektstage richten sich an Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 5.

In der konkreten Umsetzung arbeiten die pädagogisch qualifizierten jungen ehrenamtlichen Teamerinnen und Teamer nach einer curricularen Didaktik für die einzelnen Projektstage. Die eingesetzten Methoden sind vielfältig, abwechslungsreich und beteiligungsorientiert. Dazu zählen Gruppenarbeiten, Bildergalerien, Planspiele, Wahrnehmungsübungen, Kooperationsspiele, Courage-Theater etc. Ziel ist eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Projekttagsthemen und eine Sensibilisierung gegenüber Einstellungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Gleichzeitig werden in den Projekttagen auch die Kommunikation und der Umgang innerhalb der Klassen reflektiert.

Die Projektstage haben eine Dauer von sechs Schulstunden, um ausreichend Zeit für verschiedene Methoden und Raum für Diskussionen und Fragen zu haben. Die Konzepte werden fortlaufend überarbeitet und aktualisiert. Im Berichtsjahr wurden die Konzepte zu Rassismus und Diskriminierung, Normalitätsvorstellungen und Geschlechterbildern überarbeitet.

Die Projektstage werden von ehrenamtlichen Teamerinnen und Teamern in Zweierteams durchgeführt, die ihrerseits durch das Netzwerk für Demokratie und Courage in Teamschulungen ausgebildet und fortlaufend begleitet werden. Zur erweiterten Zielgruppe des Projekts gehören deshalb die freiwillig engagierten Teamerinnen und Teamer des Netzwerks. Ca. 70 Engagierte sind pro Jahr aktiv an der Umsetzung der Projektstage beteiligt. Im Jahr 2017 wurden für die Teamerinnen und Teamer drei Teamschulungen, zwei Teamtreffen und eine Fortbildung zur Antirassismuserbeit durchgeführt.

Das Netzwerk für Demokratie und Courage setzt auf eine enge Kooperation mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im pädagogischen Bereich. Dazu zählen Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Referendarinnen und Referendare sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Sie werden durch die Teilnahme an den Projekttagen unterstützt, die Inhalte, Erkenntnisse und Diskussionen im Schulalltag weiter zu führen. Ergänzend bietet das Netzwerk für Demokratie und Courage spezielle Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und speziell auf einzelne Schulen zugeschnittene mehrtätige Angebote an.

Das Netzwerk für Demokratie und Courage arbeitet landesweit mit 3,0 Personalstellen, unterstützt von ca. 70 Teamerinnen und Teamern auf Honorarbasis. Die Trägerschaft hat der Arbeit und Leben Thüringen e. V. inne.

Landesförderung

273.853 Euro

Das **Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“** in Thüringen ist Teil des bundesweit größten Schulnetzwerks mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Im Jahr 2017 trugen 48 Thüringer Schulen (dabei sind alle Schularten vertreten) den Titel. Die Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar (EJBW) als Träger des Projekts koordiniert und unterstützt im Rahmen dieses Netzwerks vielfältige Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler vor Ort.

Im Mittelpunkt des Projektes stehen selbstgesteuerte, selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen. Am Zertifizierungsprozess einer Schule sind alle dort Aktiven beteiligt. In einer Unterschriftsammlung geht es um folgende Inhalte:

- Sich dafür einzusetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe der Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.
- Wenn an der Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, sich dafür einzusetzen, dass in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege gefunden werden.
- An der Schule pro Jahr einmal ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchzuführen, um langfristig gegen jede Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus vorzugehen.

Wenn mindestens 70 Prozent aller Menschen, die in einer Schule lernen und arbeiten (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie technisches Personal), sich mit ihrer Unterschrift verpflichten die genannten Ziele zu unterstützen, kann die Schule den Titel verliehen bekommen.

Zur Unterstützung des Vorhabens suchen sich die Schulen jeweils eine Patin oder einen Paten. Er oder sie sollte eine Person des öffentlichen Lebens, zum Beispiel aus dem Bereich der Medien, Kunst, Politik oder Sport sein und Interesse an einer regelmäßigen Begleitung der Schule haben.

Die Koordinierungsstelle in der EJBW vernetzt und koordiniert die beteiligten Schulen, spricht neue auf eine Projektbeteiligung an und unterstützt bei der Vorbereitung zur Titelverleihung.

Die Pflege und Erweiterung des Schulnetzwerkes war auch im Berichtsjahr ein zentrales Projektziel. Im Jahr 2017 wurde fünf neuen Schulen der Titel „Schule ohne Rassismus“ verliehen. Weitere vier Schulen haben den Zertifizierungsprozess begonnen. Bei der Begleitung der Schulen im Netzwerk unterstützt die Koordinierungsstelle bei der Planung und Umsetzung möglichst vielfältiger lokaler Projekte zur Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Daneben gibt es Angebote zu Konfliktmanagement, gewaltfreier Kommunikation und Partizipation. Die Veranstaltungsformate sind vielfältig und können als Projektstage, Workshops, Lesungen, Ausstellungen und vieles mehr umgesetzt werden. Im Jahr 2017 wurden rund 50 Projektstage und 30 Workshops durch das Netzwerk begleitet. Dazu wurden sieben neue Kooperationspartner (beispielsweise der Weimarer Republik e. V., KoKont Jena oder das Projekt GreenBOX) für das Netzwerk gewonnen.

Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ arbeitet landesweit mit 1,0 Personalstellen. Die Trägerschaft hat Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar inne.

Landesförderung

104.299 Euro

3.7 Förderung von präventiven Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung

Entsprechend der Festlegung in Kapitel 4.7 im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind hier „in Abstimmung mit den Planungsgremien des Landesjugendförderplans [...] ausgewählte präventive Angebote“ zu fördern.

Im Rahmen des Landesjugendförderplans wurden zwei Themenbereiche des Landesprogramms aufgegriffen und in die Struktur integriert:

Zum einen wird ein Angebot der außerschulischen Jugendbildung zur Entwicklung einer demokratischen, menschenrechtsorientierten und toleranten Alltagskultur gefördert. In einem Konzeptauswahlverfahren wurde das Projekt „K.ALLE – Kultur des Miteinanders mit ALLEn“ des Landesjugendwerks der AWO Thüringen für eine Förderung bis zum Ende der Laufzeit des Jugendförderplans 2021 ausgewählt. Für das Projekt wird eine Personalkostenförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr bereitgestellt.

Ein weiteres Angebot der außerschulischen Jugendbildung für Mitbestimmung und Beteiligung wird vor allem im ländlichen Raum Thüringens gefördert. In einem Konzeptauswahlverfahren wurde das Projekt „LANDAKTIV – gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum in Thüringen“ der Naturfreundejugend Thüringen für eine Förderung bis zum Ende der Laufzeit des Jugendförderplans 2021 ausgewählt. Für das Projekt wird eine Personalkostenförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr bereitgestellt.

3.8 Umsetzung von Qualifizierungsangeboten für spezifische Zielgruppen

Das Fortbildungsprogramm im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde in 2017 neu ausgeschrieben. Es ist konstitutiver Bestandteil des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Kapitel 4.8) und wird seit September 2013 umgesetzt. Grundlage ist eine umfangreiche Fortbildungsmatrix, die in 2017 vollständig überarbeitet wurde. Sie zeigt für neun verschiedene Zielgruppen in vier verschiedenen Qualifizierungsbereichen die jeweils angestrebten Inhalte, die durch Bildungsbausteine im Programm abgedeckt werden sollen.

Die Zielgruppen sind

- Lehrerinnen und Lehrer,
- Polizistinnen und Polizisten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beratungsdiensten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe,
- Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen und
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wurden vier Qualifizierungsbereiche für notwendig erachtet:

- Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Stärkung der Demokratie und der demokratischen und menschenrechtsorientierten Alltagskultur
- Förderung von Vielfalt und Toleranz, interkulturelle Öffnung, interkulturelles und internationales Lernen
- Förderung von Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen.

Der letzte Qualifizierungsbereich wurde auf Bitten der Thüringer Staatskanzlei in das Fortbildungsprogramm aufgenommen. Das dort verortete Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt sieht ebenfalls Fortbildungen vor. Durch die organisatorische Ankopplung an das Fortbildungsprogramm des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit konnte dieser Auftrag zügig umgesetzt werden.

In einer Ausschreibung wurden Träger und Bildungsbausteine akquiriert, so dass gegenwärtig etwa für Lehrerinnen und Lehrer 24, für die Verwaltung 15 und für die Jugendhilfe 22 verschiedene Bildungsbausteine zur Verfügung stehen. Das Angebot steht überall in Thüringen zur Verfügung, die Trainerinnen und Trainer kommen in die jeweilige Einrichtung. Die Umsetzung des Bildungsbausteins ist für die Zielgruppe kostenlos. Insgesamt sind 17 verschiedene Bildungsträger an der Umsetzung des Fortbildungsprogramms beteiligt. Bei den häufig gebuchten Themen stehen damit den Zielgruppen ausreichende Kapazitäten und eine Auswahl von Trägern zur Verfügung. In 2013 startete das Programm mit 86 unterschiedlichen Bildungsbausteinen, mittlerweile sind es 129. Das gesamte Programm wurde in 2014 mit gutem Ergebnis evaluiert.

Das Angebot richtet sich in der Regel an Gruppen, etwa Lehrerkollegien oder alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde, wodurch vermutlich auch eine erhöhte Anzahl von Personen teilnimmt, die sich mit dem Thema ansonsten nicht beschäftigen würden. Einzelne Angebote werden auch in den Fortbildungskatalogen des Landesjugendamts, der Jugendberufshilfe Thüringen, des Bildungszentrums der Thüringer Polizei Meiningen und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien angeboten.

In 2017 wurden insgesamt 182 Bildungstage mit 2.498 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt; in den Vorjahren lag diese Zahl jeweils etwa um ein Drittel höher, was vermutlich an der Neuausschreibung in 2017 lag. Durchschnittlich nahmen 14 Personen pro Seminar teil. Die meisten Buchungen erfolgten 2017 im Themenbereich Interkulturelle Öffnung. Die größte Resonanz fanden die Angebote in den Zielgruppen Kindertageseinrichtungen (53 Seminare), Jugendhilfe (49) und Schule (32); die Nachfrage war in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen.

Seit 2017 wurde das Fortbildungsprogramm des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit außerdem um Angebote im Themenfeld Islam erweitert. Der Träger Violence Prevention Network (VPN) hat die „Beratungsstelle Thüringen“ eingerichtet, in der Coaching und Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in diesem Bereich angeboten werden. In 2017 wurden von VPN 25 Fortbildungen mit 275 Teilnehmern durchgeführt, mehr als die Hälfte davon in der Zielgruppe Öffentliche Verwaltung.

Für die Koordinierung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen standen im Jahr 2017 folgende Mittel zur Verfügung:

Landesförderung	374.610 Euro
-----------------	--------------

3.9 Förderung begleitender Dokumentation und Forschung

Für die begleitende Dokumentation und Forschung werden zwei Thüringer Stellen gefördert: Das „**Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit**“ in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und das „**KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration**“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beide haben sich auch im Konzeptauswahlverfahren in 2017 als Strukturprojekte in diesem Bereich durchgesetzt.

Das KomRex der Friedrich-Schiller-Universität hat die Aufgabe, die vielfältige Forschung zum Themenkomplex des Rechtsextremismus an der Universität zu bündeln, deren Ergebnisse nach außen darzustellen und daraus Handlungswissen bereitzustellen sowie innovative Forschungsprojekte zu initiieren und durchzuführen. Schwerpunktmäßig widmet sich das KomRex den regionalen Ausprägungen des Phänomens in Thüringen und deren Präventionsmöglichkeiten. In 2017 wurden zwei zentrale Bereiche im Rahmen der Förderung durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bearbeitet. Die Analyse zum Thema „Demokratiebildung in Professionalisierungsprozessen – Eine Analyse der Thüringer Ausbildungssituation in ausgewählten Regelstrukturen sozialer Berufe“ bestätigte die Vermutung, dass „Demokratiebildungskompetenz als ‚Zusatzqualifikation‘ größtenteils durch Fort- und Weiterbildungsangebote erworben werden und Defizite in den regulären Ausbildungsverläufen bzw. im Studium anzunehmen sind“. Eine Ringvorlesung im Sommersemester 2017 mit dem Titel „Angegriffene Demokratie. Befunde und Gegenmittel“ ergänzte die Beschäftigung mit diesem Thema.

Für den ausführlichen Bericht zum Thema "Topographie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen" wurde eine Metaanalyse regionalisierter Daten zum Rechtsextremismus in Thüringen auf der Grundlage des Thüringen-Monitors und einer eigenen Erhebung im Rahmen einer Lehrveranstaltung durchgeführt. Daten zu rechtsextremen Einstellungen, zu rechtsextremen Gruppen, Organisationen und Netzwerken, zu Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien, zu Immobilien von Rechtsextremen, zu rechtsextremen Musikveranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen und öffentlichen Aktionen und zur rechtsextrem motivierten Kriminalität wurden erstmals für Thüringen gesamt und regional gemeinsam betrachtet. Die Ergebnisse sollen in einer interaktiven Karte münden, die regionalisierte Erkenntnisse über den Rechtsextremismus in Thüringen zulässt.

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit (IDZ) zielt auf ein langfristiges Monitoring und eine methodisch transparente empirische Forschung, um die demokratischen Resilienzen zu erhöhen und Handlungsbedarfe sowie -möglichkeiten zu identifizieren.

Dazu hat das IDZ in 2017 einige eigene Forschungsprojekte initiiert und dafür teils auch Drittmittel akquiriert, etwa zu den Themen „Neue Herausforderungen für die demokratische Kultur in ländlichen Regionen Ostdeutschlands: Reichsbürger, völkische Siedler, Bürgerwehren“, „Demokratiefeerne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017“ oder „Interaktionsdynamiken islamistisch und rassistisch begründeter Demokratie und Menschenfeindlichkeit“. Damit das IDZ in die Gesellschaft hineinwirken kann und seine Diagnosen in die Diskussion einbringen kann, wurde u. a. die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ ins Leben gerufen. Die ersten beiden Bände haben sich in 2017 aus den Perspektiven von Wissenschaft und Praxis mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen beschäftigt. Die Bücher werden kostenlos und auch online angeboten, um möglichst weite Verbreitung zu finden.

Die Mitarbeiter des IDZ haben in zahlreichen Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops an der Debatte zum Umgang mit Rechtsextremismus mitgewirkt und ihre Erkenntnisse geteilt. In 2017 haben sie über 150 Presseanfragen beantwortet und Interviews gegeben. Ein Kuratorium sichert die Beteiligung der Zivilgesellschaft, ein Fachbeirat die der Wissenschaft ab; beide Gremien haben 2017 zweimal getagt. Zudem wurden zahlreiche Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen, u. a. auch mit dem KomRex.

Das KomRex verfügte in 2017 aus Mitteln des Landesprogramms über 1,25 Personalstellen.

Landesförderung	108.225 Euro
-----------------	--------------

Im IDZ wurden 3,5 Personalstellen durch das Landesprogramm gefördert.

Landesförderung	249.590 Euro
-----------------	--------------

3.10 Förderung weiterer Maßnahmen einschließlich zivilgesellschaftlicher Projekte und Aktivitäten

Darüber hinaus wurden entsprechend der Richtlinie zur Umsetzung des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ verschiedenste Projekte und Maßnahmen, die den Zielen des Landesprogramms dienen, gefördert. Das Landesprogramm versteht sich dabei als „präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen“. Es ist grundsätzlich an alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens gerichtet.

Beispielhaft werden hier einige geförderte Projekte vorgestellt:

Das Jugendprogramm zur Wertekommunikation "**Werte.Zusammen.Leben**" des Landesjugendrings Thüringen e. V. versteht sich als Angebot an Jugendgruppen im ländlichen Raum zur Auseinandersetzung mit der Thematik in eigenständigen Projektgruppen. Für die Teilnehmenden im Alter von 14 bis 20 Jahren stand das Programm in 2017 unter dem Motto „Wert(e)voll – Entdecken.Hinterfragen.Mitgestalten“. Dabei wird der Ansatz verfolgt, junge Menschen aktiv an Themen heranzuführen, einen Austausch zwischen Jugendlichen und Erwachsenen zu Werten anzuregen und die Freude am Dialog mit Mitmenschen zu vermitteln. Jugendgruppen können sich auf eine Ausschreibung hin für das Programm bewerben und erhalten für die Umsetzung ihrer Ideen je 1.250 Euro. Während der Projektlaufzeit werden sie durch ein Coaching begleitet und in Auftakt- und Zwischenworkshops miteinander vernetzt. Zum Jahresende werden in einer feierlichen Veranstaltung die Ergebnisse der einzelnen Gruppen präsentiert und gewürdigt. Im Jahr 2017 nahmen 10 Gruppen mit insgesamt 90 Jugendlichen am Projekt teil.

Das Projekt „**Lebendige Bücher bewegen Thüringen 2017**“ der NaturFreunde Thüringen versteht sich als Projekt der kontaktbasierenden Vorurteilsreduktion mit speziellem Fokus auf öffentliche Veranstaltungen im ländlichen Raum. Es öffnet mit der Methode der „Lebendigen Bibliothek“ Jugendlichen und Erwachsenen die reflektierende Auseinandersetzung mit Vorurteilen. Das Projekt ist als ein praxisorientiertes Abrufangebot für interessierte Akteurinnen und Akteure in der Arbeit für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu sehen. Wie in einer richtigen Bibliothek können sich Leserinnen und Leser für eine begrenzte Zeit Bücher ausleihen. Die Besonderheit: In einer „Lebendigen Bibliothek“ sind auch die „Bücher“ Menschen. Menschen, die aus verschiedenen Gründen häufig mit Stereotypen und Vorurteilen konfrontiert werden oder bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Für die Leserinnen und Leser besteht die Chance, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sich eigener Vorurteile bewusst zu werden und diese zu hinterfragen. Im Rahmen einer großen öffentlichen Veranstaltung, wie zum Beispiel „Schleusingen klingt bunt“, beim Seniorentreff im Mehrgenerationenhaus etc., lädt die „Lebendige Bibliothek“ Menschen niedrigschwellig zum Gespräch ein. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 14 Bibliotheksveranstaltungen durchgeführt. Die Themen der Bücher sind vielfältig: Polizist, Rollstuhlfahrerin, Flüchtling, Punker, das blinde Buch oder das Buch mit Fluchterfahrung – alles sind reale Menschen, die keine Geschichte erzählen, sondern etwas aus ihrem Leben. Die beteiligten Bücher werden vom Projekt begleitet, in Fortbildungen auf die konkreten Veranstaltungen vorbereitet und in

die konzeptionelle Weiterentwicklung mit einbezogen. Im Jahr 2017 fanden drei Netzwerk- und Weiterbildungstreffen und ein Planungsworkshop statt. Der Rahmen der Bibliothek bietet klare Regeln und ist leicht verständlich durch die Übertragung aus dem Alltag. Im Rahmen der Lebendigen Bibliothek werden Vorurteile nicht einfach negiert, sondern die Tatsache akzeptiert, dass alle Menschen Vorurteile haben. Menschen werden nicht wegen ihrer vorhandenen Vorurteile verurteilt, sondern ermutigt, sich mit ihnen auseinander zu setzen. Im Dezember 2017 wurde das Angebot beim Landesfachtag für öffentliche Bibliotheken in Erfurt vorgestellt und eine Kooperation für die Zukunft verabredet.

Die Thüringer Lebendige Bibliothek ist Teil eines internationalen Netzwerks der Living Libraries und hat sich im Berichtsjahr in ein Vernetzungstreffen von 9 europäischen Ländern im Portugal eingebracht.

[CoRa] – Contra Rassismus, pro Migration und Asyl ist ein Kooperationsprojekt des DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. und des Flüchtlingsrat Thüringen e. V. Die drei Säulen des Projektes bilden die zivilgesellschaftlich-politische Arbeit, die nicht-rassistische Bildungsarbeit und die Informationsaufbereitung in den Themenfeldern Flucht, Asyl und Rassismus. In 2017 waren die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei Beratungen u. a. in Sömmerda, Obermeiler, Nordhausen, Rudolstadt und Kahla aktiv. Neben dem Engagement von [CoRa] in einigen Landkreisen und Netzwerken wurden gezielt öffentlichkeitswirksamere Austauschrunden und Fachtage mit höherer Streuungsweite bedient. Das Projekt [CoRa] hat die eigenen Bildungsangebote (weiter)entwickelt und umgesetzt. Zentrale Formate waren hierbei die Argumentationstrainings gegen diskriminierende Äußerungen sowie die in 2017 vermehrt angefragten Sensibilisierungsangebote im Bereich der Interkulturellen Bildung. Daneben wurde im Projekt auch die Informationsaufarbeitung und Weitergabe über digitale Netzwerke umgesetzt. Das Projekt stellt permanent aktualisierte Online-Themenseiten mit regionalen Kontakten, Basiswissen zu Flucht und Asyl sowie Informationen für das Engagement für und mit Flüchtlingen und die Broschüre „Flucht und Asyl“ bereit.

Zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum wird das Projekt "**Demokratieladen**" in Kahla gefördert. Der Demokratieladen steht dabei als räumliche und soziale Ressource mit Scharnierfunktion zwischen Gemeinwesenarbeit, Lebenswelt und Engagement für Demokratie zur Verfügung. Dafür stehen zu festen Öffnungszeiten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung. Der Demokratieladen arbeitet in Kahla mit konzertierten Angeboten für thematische Akzente zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Ansätzen bzw. Strukturen. Im Jahr 2017 fanden regelmäßig Angebote wie „Mission Monday“ (Treff für Jugendliche), Argumentationstrainings, Lesungen und Filmabende statt. Mit Aktionswochen zum Thema „Angsträume erkennen, ernst nehmen, auflösen. Strategien zur Selbstbehauptung“ und verschiedenen Kooperationsprojekten mit der Kirche und örtlichen Sport- und Sozialvereinen wirkte der Demokratieladen an der Entwicklung einer demokratischen Stadtkultur mit. Er agiert als Netzwerkstelle zur Vermittlung von Angeboten der menschenrechtsorientierten Demokratiebildung und organisiert eine Veranstaltungsreihe zur Übertragung und Präsentation von Projektansätzen zur Demokratiestärkung im Saale-Holzland-Kreis. Mit dem Demokratieladen soll ein sukzessiver Abbau von Angsträumen durch eine Arbeit mit und für Betroffenenperspektiven erreicht werden.

Des Weiteren wurden folgende Projekte im Rahmen der Projektförderung und des Interventionsfonds unterstützt:

- Demokratie leben (Träger: Landesjugendwerk der AWO Thüringen e. V.)
- Vielfalt LEBEN – Initiative für die Stärkung von Demokratie und Förderung von Toleranz und Weltoffenheit im LK Greiz (Träger: Ev.-Luth. Kirchengemeinde Greiz)
- Für ein menschenfreundliches Thüringen (Träger: Arbeit und Leben Thüringen e. V.)
- Vielfalt im Gemeinwesen (Träger: Diakoniestiftung Weimar/Bad Lobenstein gGmbH)
- UWE UWE – Kunstprojekt am Theater Jena (Träger: Kunsthof Jena e. V.)
- Stärker – Ressourcen durch Vielfalt (Träger: Verein für Vielfalt und Sport in Gesellschaft e. V.)
- Filmprojekt zu Todesfällen durch rechte Gewalt (Träger: Filmpiratinnen und Filmpiraten e. V.)
- Die demokratische Zivilgesellschaft im Protest gegen eine wachsende extreme Rechte in Thüringen (MOBIT e. V.)
- Zusatzmodul – Ergänzung Schriftenreihe – Buchpublikation (Träger Amadeu Antonio Stiftung)
- WIR BIN ICH – Begegnung mit UnBekanntem (Träger: Schallwerk Berlin e. V.)
- Studie zur Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen (Träger: Landesjugendring Thüringen e. V. in Kooperation mit der Universität Erfurt)
- Vernetzungstreffen Weimar 2017 (Träger: Interkultureller Verein FAIRburg e. V.)
- Veranstaltungswoche und Straßenfest LSBTIQ (Träger: CSD in der Mitte Deutschlands – Erfurt e. V.)
- Tagung „Politische Bildung in der postfaktischen Gesellschaft“ (Träger: Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar)
- Tribunal „NSU-Komplex auflösen!“ (Träger: Bildungswerk Blitz e. V.)
- Generationsübergreifendes Konzert am 1. Mai in Gera (Träger: AUFANDHALT e. V.)

Für die beschriebenen Projekte wurden im Jahr 2017 folgende Mittel bewilligt:

Landesförderung

987.740 Euro

4. Bericht zur Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns

Die Leitziele des Landesprogramms Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, die im Abschnitt 2.2. kurz umrissen sind, bilden mit ihren Handlungsfeldern auch die Orientierung für das politische Regierungshandeln und die Landespolitik. In Kapitel 3.2.2 des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind dazu verschiedene Maßnahmen in Verantwortung der einzelnen Ressorts beschrieben, für die die entsprechende Ressourcen jeweils eigenverantwortlich zur Verfügung gestellt werden.

4.1 Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung

Mit einer umfassenden Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung sollen unterschiedliche Personengruppen erreicht werden, um sie u. a. mit themenspezifischem Wissen über demokratiegefährdende und demokratieverstärkende Aspekte auszustatten, sie zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen zu befähigen sowie demokratische Einstellungen zu stärken.

Dazu wurden durch die verschiedenen Bereiche der Landesregierung nachfolgende Maßnahmen umgesetzt:

Schule und Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien

Im Berichtszeitraum führte das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien sieben verschiedene Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit durch und stellte die entsprechenden Reisekosten für die Teilnehmenden bereit.

Angebote der Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit

Die Thüringer Jugendverbände als Partnerinnen und Partner und Unterstützerinnen und Unterstützer in der Demokratiebildung junger Menschen wurden im Berichtszeitraum durch das TMBJS gestärkt. Die notwendigen Mittel (zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 253.440 Euro pro Jahr) zur Förderung aller im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände, insbesondere der kleineren Verbände mit struktursichernden Stellenanteilen, wurden bereitgestellt. Darüber hinaus werden in den Landesprogrammen Örtliche Jugendförderung (2017 rund 12 Mio. Euro Landesförderung) und Schulbezogene Jugendsozialarbeit (2017 mit rund 10,6 Mio. Euro Landesmittel) ebenfalls Möglichkeiten der außerschulischen Bildung genutzt, um insbesondere Kinder und Jugendliche zu stärken.

Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit

Zivilgesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation benötigen Meinungsbildung und Urteilsfindung, die in der Regel sachlich begründet und abgewogen erfolgen sollten. Die historische Bildungsarbeit, wie sie von Gedenkstätten und Erinnerungsorten als Lernorten geleistet wird, besitzt dabei eine herausragende Bedeutung. Die Lernorte tragen mit ihrer Arbeit zur Entwicklung eines kritischen Geschichtsbewusstseins bei. Durch die Beschäftigung mit

historischen Themen insbesondere des 20. Jahrhunderts wird nicht nur ein inhaltliches Verständnis für kulturelle, gesellschaftliche und politische Prozesse vermittelt. Die Entwicklung eines historischen Geschichtsbewusstseins dient in methodischer Hinsicht dazu, die Kompetenz zur Meinungsbildung in komplexen Zusammenhängen zu entwickeln und zu stärken. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur aktiven zivilgesellschaftlichen Teilhabe im demokratischen Staatswesen geleistet.

In der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, seinem Herrschafts-, Vernichtungs- und zwangsnormalisierten Gesellschaftssystem, kommt der Tätigkeit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora auf Grund ihrer bundesweiten und internationalen Bedeutung und der Qualität und Breite der Arbeit der Stiftung eine besondere Relevanz zu. Mit der Stiftung Ettersberg steht im Freistaat Thüringen eine Einrichtung zu Verfügung, die nicht nur wissenschaftliche und kulturelle Bildungsangebote zur vergleichenden europäischen Diktaturforschung anbietet, sondern mit der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße einen bundesweit sichtbaren Ankerort für die Beschäftigung mit der Diktaturgeschichte der DDR entwickelt hat.

Neben diesen beiden Stiftungen eröffnen verschiedene institutionell geförderte Einrichtungen ein Angebot zur Beschäftigung mit der regionalen Geschichte insbesondere des 20. Jahrhunderts jenseits von Heimatklišees und Regionalfolklore und sind dabei teil überregional wirksam.

Konkret bieten die verschiedenen Institutionen Fortbildungen für Lehrkräfte und andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Internationale Schülerinnen-/Schüler- und Jugendbegegnungen sowie intensivpädagogische und interdisziplinäre Programme an.

In Kooperation mit dem Programm „Kulturagent_innen für kreative Schulen in Thüringen“ der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung e. V. bietet die Stiftung Ettersberg Veranstaltungen an, um das Interesse an historischen Prozessen durch einen interdisziplinären Zugang zu wecken. Ebenfalls mit diesem Ziel führten das Grenzmuseum Schifflergrund das hessisch-thüringische Schülerbandprojekt „Grenzenlos“ und das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte das Projekt „Solidarität –Frei.Raum“ durch.

Die vorgenannten Maßnahmen stellen einen Ausschnitt aus der umfangreichen historischen Arbeit der Gedenkstätten und anderen geschichtskulturellen Lernorten im Freistaat Thüringen dar. Die regelmäßigen Angebote wie begleitete Besuche, Workshops oder historische Grundlagenforschung werden nicht gesondert aufgeführt. Die Maßnahmen werden in der Regel aus Mitteln des Landeshaushalts finanziert oder kofinanziert.

Landeszentrale für politische Bildung

Zentrales Anliegen der Landeszentrale für politische Bildung ist es, gesellschaftspolitische Fragen in ihrer Kontroversität aufzugreifen und damit die demokratische politische Kultur zu stärken. Im Folgenden ist eine themenspezifische Auswahl der Veranstaltungen und Angebote aufgeführt. Eine ausführliche Veranstaltungsübersicht ist dem Jahresbericht zu entnehmen.

- Durchführung von Veranstaltungen zu und Bereitstellung einer Eigenpublikation „RechtsRock – Made in Thüringen“

- Durchführung der internationalen Tagung „Arbeiterbewegung von rechts?“ in Kooperation mit dem Kolleg Postwachstumsgesellschaften der FSU Jena
- Bereitstellung und Vorstellung aktueller Publikationen zu Reichsbürgern, Neuen Rechten u. a. im Rahmen der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“; Publikationen zum Thema (z. B. Sonderausgabe zu Reichsbürgern, Eigenpublikation zum NSU)
- Bereitstellung von Publikationen zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte (zahlreiche landesgeschichtliche Quellenbände und Monographien), Projektstage für Jugendliche, Veranstaltungsschwerpunkt zum 70. Jahrestag der Errichtung des KZ Buchenwald, Reihe „Rassismus in historischer Perspektive“
- Initiierung des Gesamtprojekts für ein lebendiges Republikjubiläum (Thüringen 19_19), Bereitstellung von Publikationen zum Thema Weimarer Republik
- Abrufangebote: Projektstage „Cultures Welcome“, Islam-Veranstaltungsreihen in Orten mit relevanter muslimischer Präsenz
- Demokratiewerkstatt Schule/SchülerAnwalt – drei Veranstaltungen in Kooperation mit der EJBW
- Seminar für Schülerzeitungsredaktionen
- Rap-Workshop für einheimische und geflüchtete Jugendliche „Keine Wahl!“ zu den Themen Heimat, Flucht in Kooperation mit der Respekt-Stiftung und der Gedenkstätte Andreasstraße
- Comic-Workshop für einheimische und geflüchtete Jugendliche „Kann man Freiheit zeichnen?“ zum Thema Freiheit, Verfolgung, Flucht in Kooperation mit der Respekt-Stiftung und der Gedenkstätte Andreasstraße
- Clip-Wettbewerb „#lovespeech – mein Clip gegen den Hass“ in Kooperation mit dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
- Fachtagung „Inklusion von Geflüchteten 2.0“ in Kooperation mit der EJBW und Empowered by Democracy (bap)
- „Zusammen mit Medien“ – generationsübergreifende Filmarbeit mit Einheimischen und Geflüchteten in Kooperation mit dem Landesfilmdienst
- Veranstaltungen „Film und Gespräch“, z. B. mit den Filmen „Wir sind Juden aus Breslau“ oder „Deportation Class“
- Schülerprojekte zur Auseinandersetzung mit der Diktatur in der DDR in Kooperation mit der Stiftung Ettersberg und der EJBW

Generell ist eine große Resonanz der LZT-Veranstaltungen zu verzeichnen.

Präventionsangebote der Landespolizeidirektion

In Verantwortung der Landespolizeidirektion wurden zahlreiche Aufklärungsveranstaltungen zu den Phänomenbereichen „Rechtsextremismus“ sowie „Gewalt gegen Flüchtlinge im Kontext des Rechtsextremismus“ an Thüringer Schulen für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler sowie (Schul-)Sozialarbeiterinnen und -arbeiter durchgeführt. Weitere Zielgruppen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in diesem Themenfeld waren Mitarbeitende der Gedenkstätte Buchenwald und Flüchtlingsprojekte.

Zum Themenfeld „Islamismus“ und „Radikalisierung“ wurden verschiedene Vortragsveranstaltungen an Schulen, für (Schul-)Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen und Lehramtsstudierende angeboten.

In Zusammenarbeit mit dem Thüringer Feuerwehr-Verband wurden mehrsprachige Plakate und Flyer zur Vorstellung der Arbeit von Einsatzkräften erstellt.

Aus- und Fortbildungsangebote der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei

Das Bildungszentrum der Thüringer Polizei hat nachfolgende Maßnahmen umgesetzt:

- Neugestaltung des Lehrplans am Bildungszentrum der Thüringer Polizei im Unterrichtsfach „Polizei und Gesellschaft“
- Polizeiinterne Seminarangebote des Bildungszentrums der Thüringer Polizei in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungsprogramm des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit
- Eigenqualifikation des Lehrpersonals am Bildungszentrum der Thüringer Polizei zu den vermittelnden Themen „Flucht und Asyl“, „Politisch motivierte Kriminalität“ und im Staatsorganisationsrecht
- Netzwerkbildung und Gewinnung von Referentinnen und Referenten für die zukünftige Aus- und Fortbildung

4.2 Inklusive Sozialpolitik und Integration

Die Herstellung einer tatsächlichen gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen ist das Ziel einer inklusiven Sozialpolitik. Sie berücksichtigt dabei insbesondere Gruppen mit besonderer Förderungsbedürftigkeit. Hierzu zählen etwa Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose, Migrantinnen und Migranten sowie Alleinerziehende. Um diese besser zu integrieren, verweisen die verschiedenen Ressorts der Landesregierung auf nachfolgende Maßnahmen:

- Die Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung (ThINKA) des Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) unter Beteiligung des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) unterstützt eine sozialraumbezogene niedrigschwellige Hilfe und Beratung zur Armutsbekämpfung in sozial schwachen Wohnquartieren. Die Vorhaben sollen u. a. zur Verbesserung der Lebensbedingungen in vom Strukturwandel besonders betroffenen Sozialräumen beitragen und das Zusammenleben in den Quartieren zwischen Alteingesessenen und Neuhinzugekommenen fördern. Grundlage der Förderung ist die Armutspräventionsrichtlinie.
- Die Thüringer Initiative für lokales Integrationsmanagement in den Kommunen (ThILIK) unter Federführung des TMASGFF mit Beteiligung des TMMJV: Durch die Koordinierung vorhandener Integrationsangebote in den Kommunen tragen die ThILIK-Integrationsmanager mittelbar zur Stärkung von Integrationsprozessen bei. Im Berichtszeitraum erfolgte die Förderung auf Grundlage der Armutspräventionsrichtlinie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und aus Landesmitteln.
- Im Rahmen der ESF-Armutspräventionsrichtlinie werden Kommunen bei der Entwicklung und qualifizierten Umsetzung von lokalen Armutspräventionsstrategien, insbesondere durch eine bedarfsgerechte Planung der Sozial- und Bildungsinfrastruktur durch die Förderung von Planungsmanagerinnen und -managern unterstützt. Darüber hinaus werden wird die Qualifizierung, Beratung und Prozessmoderation lo-

kaler Akteurinnen und Akteure und der LIGA der freien Wohlfahrtspflege mit der Fokussierung auf Armutsstrategien und soziale Integration gefördert.

- Für die genannten Maßnahmen (THINKA, THILIK, Armutsprävention) standen im Jahr 2017 rund 3,75 Mio. Euro aus ESF- und Landesmitteln zur Verfügung.
- Einrichtung einer Fachstelle bei der Jugendberufshilfe Thüringen e. V. zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf für Jugendliche mit Behinderungen
- Etablierung der Landesprogramme „Arbeit für Thüringen“ und „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“
- Förderung der Wiederherstellung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit durch Maßnahmen der sozialen und beruflichen Integration, beispielweise durch Integrationsbegleitung und berufliche Qualifizierung für Langzeitarbeitslose, Strafgefangene und Straftatlassene
- Förderung betriebsnaher Ausbildungsvorbereitung und individueller Ausbildungsbegleitung für förderungsbedürftige junge Menschen
- Fortschreibung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.
- Im Rahmen der Projektförderrichtlinie Integration des TMMJV (ThürStAnz 52/2016,1624) werden verschiedene Arten von Projekten gefördert (Beratungsangebote, Bildungsangebote, Begegnungsangebote, Angebote zur Integration durch Sport etc.): Diese Richtlinie zielt insgesamt auf die verbesserte gesellschaftlich Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ab. Die geförderten Projekte dienen der Bereitstellung von Möglichkeiten der Begegnung und des Kennenlernens von Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten. Dadurch können Prozesse der interkulturellen Öffnung, des Dialogs und damit auch der Vermittlung von Wissen über die jeweils andere Kultur stattfinden und Zugewanderte integriert werden. Vorurteile können abgebaut und Zugewanderte über Möglichkeiten der Partizipation in der Gesellschaft informiert werden. Zur Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen dieser Richtlinie standen insgesamt im Jahr 2017 insgesamt rund 2,2 Mio. Euro zur Verfügung.
- Die Richtlinie zur Förderung der Thüringer Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen (befristet auf die Jahre 2016 und 2017) hatte folgende Zuwendungsgegenstände: Unterbringungs- und Leerstandskosten, Kita-Betreuung und Sozialberatung für anerkannte Flüchtlinge. Durch die Integration von Flüchtlingskindern in die Kindertagesbetreuung sowie die Bereitstellung von Angeboten der Sozialberatung für anerkannte Flüchtlinge wird aktiv zur Integration von Flüchtlingen beigetragen. Die Orientierung im Alltag wird verbessert, sodass auch Partizipationsmöglichkeiten besser erkannt und genutzt werden können. Zur Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen dieser Richtlinie standen im Jahr 2017 insgesamt 25 Mio. Euro zur Verfügung. (für alle drei benannten Zuwendungsgegenstände).
- Darüber hinaus wurden Informations- und Vernetzungsveranstaltungen, Beratung zu migrations- und integrationsspezifischen Fragen und Weiterbildungsmöglichkeiten für Migrantenselbstorganisationen durchgeführt und für Hauptamtliche in der Integrati-

onsarbeit und für freiwillige Engagierte in der Flüchtlingshilfe Förderungen bereit gestellt. Im Jahr 2017 wurden durch die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) 12 Informations- und Vernetzungsveranstaltungen zu migrations- und integrationspezifischen Themen durchgeführt. Kosten in Höhe von 63.690,80 EUR wurden aus dem Haushaltstitel der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) beglichen. Teilnehmende waren je nach Veranstaltung neben Mitarbeitenden von Migrations(beratungs)einrichtungen, Ehrenamtlichen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenselbstorganisationen auch Interessierte der Aufnahme-gesellschaft.

- Die Ehrenamtskoordination (EAK) bei der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) wurde im April 2016 eingerichtet und hat im Berichtszeitraum die thüringenweite Vernetzung ehrenamtlicher Initiativen durch Netzwerk- und Informationsveranstaltungen, die Bereitstellung einer landesweiten Akteursdatenbank sowie die individuelle Beratung gefördert. Darüber hinaus wurde ein Ehrenamtshandbuch erstellt. Davon wurden 2017 rund 3.000 Exemplare bestellt und in Umlauf gebracht. 52.154 Mal wurde das Handbuch online aufgerufen.
- Für die Förderung von Integrationsprojekten, Migrantenselbstorganisationen, Vereinen und anderen migrations- und integrationsbezogenen Aktivitäten wurden im Jahr 2017 für 40 Projekte mit insgesamt 101.489 Euro aus dem Fördermittelhaushalt der BIMF eingesetzt.
- Mit dem Projekt „Start Bildung“ des TMBJS unter Beteiligung des TMMJV wird die Integration junger Geflüchteter, denen der Besuch der schulischen Regelstrukturen nicht mehr möglich ist, durch die Bereitstellung von Angeboten der nachholenden Schulbildung unterstützt. Ihnen wird somit die Möglichkeit eröffnet, die Ausbildungsreife zu erreichen. Zudem werden im Rahmen des Bildungsangebots im Kontext des Lernbereichs „Politische und gesellschaftliche Bildung“ auch Kenntnisse über die Funktionsweise der demokratischen Gesellschaft vermittelt und Möglichkeiten der Partizipation aufgezeigt. Die Maßnahmen sind Teil der Integrationsmaßnahmen nach § 14 Abs. 5 Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz, die aus Mitteln des TMMJV in 2017 mit 2 Mio. Euro gefördert wurden.
- Ein wesentliches Instrument zur Armutsbekämpfung in Thüringen stellt die Aktivierungsrichtlinie dar. Mit ihr werden Maßnahmen für arbeitslose Menschen mit schwerwiegenden bzw. mehrfachen Vermittlungshemmnissen mit der Zielstellung durchgeführt, die Teilnehmenden wieder sozial und beruflich integrieren zu können. Dazu sollen bestehende Angebote/Hilfen aus den Bereichen des SGB II, SGB III und SGB VIII genutzt werden. Hervorzuheben sind hierbei die Programme TIZIAN und TIZIAN plus.

4.3 Verwaltung, Polizei und Justiz zu angemessenem Handeln befähigen

Um die Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beschriebenen Zielstellungen umzusetzen, werden nachfolgende Maßnahmen durchgeführt:

Verwaltung: Rahmenleitlinie PERMANENT - Personalmanagement in Thüringen

In der Zuständigkeit des Ministeriums für Inneres und Kommunales wurde die Rahmenleitlinie PERMANENT – Personalmanagement für Thüringen fortgeschrieben und am 28. Februar 2017 vom Kabinett beschlossen. Sie gilt als Handlungsanleitung für eine moderne Personalarbeit in den Behörden der Landesverwaltung. Neben der „Geschlechtergleichstellung“ und „Inklusion“ wurde das Thema „Diversity Management“ als Querschnittsfeld benannt und somit als übergeordnetes Ziel bei der Umsetzung jeder Maßnahme der Personalplanung, Personalentwicklung sowie Personaleinsatz und -betreuung definiert.

Im Rahmen der ressortübergreifenden Fortbildung in der Zuständigkeit des Ministerium für Inneres und Kommunales werden im Jahresfortbildungsprogramm spezielle Fortbildungsangebote für Bedienstete zum Umgang mit Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur Stärkung der Demokratie und der Förderung von Vielfalt und Toleranz in Zusammenarbeit mit dem Landesprogramm offeriert.

Polizei

- Schulung von Polizeibeamtinnen und -beamten zur Opferschutzthematik anlässlich der Wanderausstellung „Angsträume“ des Projekts ezra in den Thüringer Landespolizeiinspektionen Erfurt und Nordhausen sowie der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei
- Kontinuierliche Sichtung und Prüfung der polizeilichen Lagemeldungen auf Vorkommnisse mit Opferschutzrelevanz sowie anlassabhängige und -unabhängige Beratung zur Anwendung der von der Stabsstelle entwickelten „Konzeption zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit polizeiexternen Hilfs- und Beratungsdiensten in Fällen rechtsextremistischer Kriminalität“
- Durchführung fachspezifischer Fortbildungsveranstaltungen in verschiedenen Dienststellen der Thüringer Polizei sowie den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei zu den Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität
- Durchführung von Seminaren im Rahmen des Fortbildungskatalogs der Thüringer Polizei sowie der Sicherheitskooperation zu den Themen Reichsbürger, Islam, Sinti und Roma, DDR-Unrecht sowie Interkulturelle Kompetenz/Interkulturelles Verstehen

Justiz

Durchführung einer Maßnahme zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Die Maßnahme zielt auf den Übergangsbereich bzw. die Schnittstelle zwischen Vollzug und Bewährungshilfe. Zielgruppen im Strafvollzug sind neben den in den Förderleitlinien des Bundes genannten Personen insbesondere Jugendliche, Heranwachsende, aber auch junge Erwachsene. Die Maßnahme begann 2017 und läuft über 3 Jahre mit evtl. Verlängerungsoption. Finanzierung: Bund: 341.371 Euro und Landesmittel (OLG): 37.930 Euro

4.4 Wissenschaftliche Begleitforschung

Neben den Projekten, die in unmittelbarer Förderung des Landesprogramms stehen, verantwortet das KomRex weitere Forschungsprojekte, die für Akteure und Partner des Landes-

programms von Relevanz sind. So führt das KomRex den jährlich erscheinenden Thüringen-Monitor durch (gefördert durch die Thüringer Staatskanzlei). Der Bericht zur politischen Kultur in Thüringen umfasst unter anderem Daten und Analysen zur Verbreitung und zu den Entwicklungen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen im Freistaat. Die Erkenntnisse des Thüringen-Monitors sind damit auch eine Grundlage für Präventionsmaßnahmen im Rahmen des Landesprogramms und werden für Aufklärungs- und Weiterbildungsveranstaltungen verwendet.

Zur Unterstützung des Wissenschafts-Praxis-Transfers wurde die Ringvorlesung „Angegriffene Demokratie – Befunde und Gegenmittel“ durch das KomRex veranstaltet und das Thema auf Ebene eines Studiums Generale in der Universität angesprochen. Weitere Kooperationsveranstaltungen, Vorträge und Tagungsbeiträge dienten dem gleichen Ziel. Das KomRex hat einen Arbeitsbereich zu Migration und Integration aufgebaut. Informations- und Bildungsangebote für Studierende zur Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus wurden im Lehrprojekt „Taktvoll gegen Rechts“ an alle Studierenden des Jenaer Modells der Lehrerbildung gerichtet. Demokratiebildung bildet einen Schwerpunkt der Qualitätsoffensive Lehrerbildung (QL) an der FSU Jena. Mitarbeit der KomRex haben beim Zentrum für Religionspädagogische Bildungsforschung im aktuellen Weiterbildungsangebot und bei der Entwicklung eines gebührenpflichtigen Weiterbildungsstudiengangs zur religions- und kultursensiblen Professionalisierung für Kita- und Schulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mitgewirkt. Weitere Schwerpunkte der Arbeit des KomRex in 2017 waren die Forschung zu politischen Einstellungen und zu Fragen der Diskriminierung, der Demokratiepädagogik und der Prävention.

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWDG) förderte in 2017 diese wissenschaftliche Begleitforschung mit rund 108.000 Euro.

5. Verschiedene Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Evaluation

5.1 Vernetzungsarbeit

Abgesehen von der Vernetzung des Landesdemokratiezentrums mit den übrigen Häusern der Landesregierung (IMAK, Kapitel 2.1) und Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft (Programmbeirat, Kapitel 2.1) wird regelmäßig Gelegenheit zur Vernetzung gegeben. Die Landeskoordinierungsstelle sorgt mit regelmäßigen Treffen für einen kontinuierlichen Fach- und Informationsaustausch der zentralen Akteurinnen und Akteure des Landesprogramms.

Für die Vernetzung zwischen dem Thüringer Landesprogramm und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finden mindestens zweimal im Jahr die regelmäßigen Bund-Länder-Treffen statt. Das ist auch die Gelegenheit für Austausch und Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren der Landesprogramme in den anderen Bundesländern. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ lädt jährlich zu einer Fachtagung ein.

Für die Vernetzung in Thüringen veranstaltet die Landeskoordinierungsstelle quartalsweise die sogenannten Akteursnetzwerktreffen. Dort treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der Strukturen des Landesprogramms. Meist gibt es einen Vortrag als Input zu aktuellen Themen oder neuen Entwicklungen. Anschließend ist Zeit für aktiven Austausch und Diskussion über die Beratungsarbeit, lokale und überregionale Entwicklungen und neuen Herausforderungen. Ziel dabei ist es, Akteurinnen und Akteure für ein Handeln zu befähigen und sie in der Umsetzung und kontinuierlichen Verbesserung aller Maßnahmen zu unterstützen. Dabei ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit wichtig; Synergien zwischen den einzelnen Projekten sind erwünscht und beabsichtigt. Die regelmäßigen Arbeitssitzungen der Beratungsangebote in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen (Kapitel 3.5) dienen ebenfalls der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und dem Austausch zwischen Bundes- und Landesprogramm.

Im Jahr 2017 fanden die Akteursnetzwerktreffen am 23. Februar 2017, 11. Mai 2017 und 7. Dezember 2017 statt. Neben dem Austausch über die aktuellen Entwicklungen waren Schwerpunkte die Themen „Reichsbürger – Einordnung und Entwicklung in Thüringen“ sowie ein konstruktiver Umgang mit einer möglichen Gebietsreform.

Außerdem findet Vernetzungsarbeit auf regionaler Ebene statt. Dazu treffen sich in regelmäßigen Abständen die Partnerschaften für Demokratie in den Vernetzungstreffen, um sich mit dem Landesprogramm und untereinander auszutauschen, Kurzberichte zu geben und über weitere Planungen zu sprechen. Zusätzlich gibt es regionale Vernetzungstreffen der Partnerschaften für Demokratie in den vier Planungsregionen Thüringens. Auf regionaler Ebene werden dabei insbesondere die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Partnerschaften für Demokratie, zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter aus den Begleitausschüssen sowie Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Bürgerbündnisse mit einbezogen.

Weiterhin finden im Landesprogramm regelmäßige Treffen (Jour fixe) mit den Strukturprojekten ezra und MOBIT statt. Diese dienen zur Berichterstattung aus den Beratungsprojekten, der Auswertung durchgeführter Projekte sowie zur Beratung und zum Austausch zum Umgang mit demokratiegefährdenden Vorkommnissen in Thüringen.

Einem besonderen Stellenwert für die Vernetzung hat die jährliche stattfindende Sommertagung. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie an Interessierte aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft. Die Sommertagung steht immer unter einem Leitthema, zu dem in einem Impulsvortrag referiert wird. In anschließenden Workshops wird zum entsprechenden Thema vertiefend gearbeitet und diskutiert. Außerdem dient die Tagung dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Es sollen Vorschläge von Möglichkeiten über die weitere Arbeit, Ansatzpunkte und richtungsweisende Ideen gegeben werden sowie Anregungen für eine bessere Vernetzung vor Ort. Für weiteres Kennenlernen und Vernetzung besteht auf der Tagung auch das Angebot „Markt der Möglichkeiten“, bei dem die Initiativen die Gelegenheit haben, ihre Angebote vorzustellen. Ziel der Fachtagung ist es, Impulse zu geben und Erfahrungen austauschen, Bilanz zu ziehen und voneinander für die zukünftige Arbeit zu lernen.

Unter der Fragestellung „Wie kann Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus gestärkt werden?“ fand die Sommertagung des Landesprogramms am 17. August 2017 im Augustinerkloster zu Erfurt statt. Es wurde in eine kurze Vorstellung des überarbeiteten Landesprogramms gegeben. Im Hauptvortrag referierte Frau Dr. Stine Marg vom Göttinger Institut für Demokratieforschung zum Thema „Gute Seiten, schlechte Seiten: Pegida und NoPegida als Produkt der Zivilgesellschaft: über die Protestierenden und ihre Motive“. In unterschiedlichen Workshops war Zeit zur Diskussion verschiedener Thesen zum Thema. Mit einer kurzen Präsentation wurden die Ergebnisse der Workshops in der Diskussionsrunde vorgestellt. Zum Abschluss fand eine Podiumsdiskussion unter der Leitfrage der Sommertagung statt, u. a. mit Frank Richter von der Frauenkirchenstiftung Dresden. Der „Markt der Möglichkeiten“ bot während der ganzen Tagung Raum für Vor- und Ausstellung der verschiedenen Träger und wurde zum Informieren und Austauschen gut angenommen.

5.2 Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dienen dem Landesprogramm zur kontinuierlichen Verbesserung aller Maßnahmen. Die Projekte in diesem Bereich begleiten, beraten und bewerten die Elemente des Programms und versuchen, diese im Sinne der Ziele zu optimieren. Ebenso wird die Landeskoordinierungsstelle des Landesprogramms durch die wissenschaftliche Begleitung, die Evaluation sowie die Reflexion der Ergebnisse beraten und in ihrer Arbeit unterstützt.

Die lokalen Partnerschaften für Demokratie erhalten eine wissenschaftlich fundierte Praxisbegleitung. Sie sichert den Erfahrungstransfer sowie den Informationsfluss zwischen den einzelnen Partnerschaften einerseits und der Koordinierungsstelle des Landesprogramms andererseits ab und sorgt so für die Einbindung aller Maßnahmen in das Landesprogramm. Zum Auftrag zählen vor allem die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mindestens eines regionalen Vernetzungstreffens für Thüringer Partnerschaften für Demokratie in

jeder Planungsregion, die Prozessbegleitung und ein regelmäßiger Austausch zu Handlungserfordernissen (z. B. Fortbildungsbedarfe) mit der Koordinierungsstelle des Landesprogramms. Nach einer Neuausschreibung dieser Dienstleistung konnten die Partnerschaften ab 1. Juli 2017 auf die wissenschaftliche Begleitung der Praxis für Organisationsberatung zugreifen.

Für die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Jugendforen der Lokalen Partnerschaften für Demokratie wurde eine gesonderte fachliche Begleitung der NaturFreunde Thüringen e. V. eingerichtet, die über besondere Expertise im Bereich der Beteiligung verfügt. Die Aufgabe der Etablierung eines lokalen Jugendforums zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen ist immanenter Bestandteil der Partnerschaften. Das Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Die Begleitung sollte die Partnerschaften bei der Etablierung, Umsetzung und Verstetigung dieser Jugendforen unterstützen. Sie vermittelte Kenntnisse zu Konzepten zur Ausgestaltung von Partizipationsformaten für Kinder und Jugendliche und sicherte einen Erfahrungstransfer für Beispiele gelungener Beteiligung. Ziel ist die langfristige Entwicklung tragfähiger – an die jeweilige lokale Situation angepasste – Beteiligungsmodelle für Jugendliche. Damit sind die Jugendforen zugleich Kristallisationspunkt der Landesstrategie Mitbestimmung, die Initiativen auf kommunaler und Landesebene zur Stärkung der direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zusammenfasst. Die wissenschaftliche Begleitung sicherte außerdem den Informationsfluss zur Landeskoordinierungsstelle und sorgt für eine Einbindung in die Maßnahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Zur Unterstützung der Arbeit der Landeskoordinierungsstelle bot der Orbit e. V. eine wissenschaftliche Begleitung für die landesweit tätigen Präventionsprojekte an. Die Strukturen und Projekte erhielten eine wissenschaftlich fundierte Praxisbegleitung. Diese vermittelte ihnen die neuesten Kenntnisse über die Wirksamkeit von Präventions- und Interventionsprojekten im Themenfeld Demokratiearbeit und Rechtsextremismus und beriet sie bei der Verbesserung der Projektperformanz. Die Projektbegleitung sicherte den Transfer der Erfahrungen und unterstützte die Träger bei der Optimierung ihres Projektmanagements. Sie sicherte außerdem den Informationsfluss zwischen Strukturen und Projekten einerseits und Landeskoordinierungsstelle andererseits ab und sorgte so für die Einbindung aller Maßnahmen in das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Eine intensive Beratung der Antragsteller und Projektträger wird durch die kontinuierliche, sich jährlich wiederholende gemeinsame Erarbeitung von Zielvereinbarungen mit den wichtigsten Projekten im Landesprogramm ergänzt. In 2017 wurden mit der Mobilien Beratung, der Opferberatung, der Ausstiegsberatung sowie den Beratungsprojekten beim Landessportbund und beim Feuerwehr-Verband Zielvereinbarungen erarbeitet und abgeschlossen. Alle Antragsteller für landesweite Präventionsprojekte wurden intensiv beraten.

Die Angebote der wissenschaftlichen Begleitung unterstützen das Landesprogramm mit ihrer jeweiligen Expertise außerdem im täglichen Geschäft, etwa bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen oder bei der Aufbereitung von Informationen für die Gremien.

Eine Evaluation des Landesprogramms ist regelmäßig vorgesehen. Dabei wird entweder die Gesamtanlage des Programms und seiner Elemente oder ein einzelner Teilbereich detailliert untersucht. Die Evaluationsberichte werden auf der Programmhomepage veröffentlicht und in einer Veranstaltung vorgestellt. In 2017 hat die Landeskoordinierungsstelle im Rahmen

eines Konzeptauswahlverfahrens die Trägerschaft für die wesentlichen Strukturprojekte neu ausgeschrieben und vergeben sowie das Fortbildungsprogramm komplett überarbeitet und neue ausgeschrieben. In dieser Zeit der potentiellen Neuausrichtung elementarer Programmtteile erschien eine Evaluation nicht zielführend, weshalb in 2017 keine Evaluation durchgeführt wurde.

Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie:
1. Juli - 31. Dezember 2017, Praxis für Organisationsberatung

Landesförderung 29.274 Euro

Wissenschaftliche Begleitung der Jugendforen und Entwicklung der Landesstrategie
Mitbestimmung: 1. Januar - 31. Dezember 2017, NaturFreunde Thüringen e. V.

Landesförderung 65.000 Euro

Wissenschaftlich fundierte Praxisberatung und -begleitung der Präventions- und Beratungsprojekte des Landesprogramms, 1. Januar - 31. Dezember 2017, Orbit e. V.

Landesförderung 30.000 Euro

5.3 Homepage, Facebook und Materialien

Auf der Website www.denkbunt-thueringen.de stellt sich das Landesprogramm vor. Die Homepage informiert schnell und übersichtlich über das Landesprogramm, einzelne Maßnahmen und Projekte. Sie gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen und macht einen (Erst-)Kontakt mit DenkBunt möglich. Damit ist die Website ein Beitrag zur Vernetzung und zur Unterstützungen Derjenigen, die Hilfe suchen. Die Website informiert über die verschiedenen Möglichkeiten der Förderung und gibt eine Übersicht über die bereits geförderten Projekte. Sie stellt die Ergebnisse der Evaluationen des Landesprogramms bereit, enthält Pressemitteilungen und einen Veranstaltungskalender. Zudem können alle Informationen über Facebook, Twitter oder Google+ geteilt werden. Für eine noch höhere Reichweite des Angebots hat DenkBunt eine Facebook-Seite.

Das Landesprogramm bietet für seine Öffentlichkeitsarbeit verschiedene Printmaterialien zur Information an sowie Give-aways für Werbung und Wiedererkennung. Für das Landesprogramm wurden eine Imagebroschüre und eine Textbroschüre aufgelegt. Zu den weiteren Printmaterialien gehören der DenkBunt-Flyer, der Interkulturelle Kalender und die Werbepostkarte zum Demokratiepreis. Der Flyer bietet das Wichtigste auf einen Blick. Darin gibt es einen kurze Vorstellung zu den Partnerschaften für Demokratie, den Fördermöglichkeiten sowie eine Vorstellung der Strukturen und Kontaktdaten. Im Interkulturellen Kalender in Form eines Plakats im Format A1 sind Feiertage aus verschiedenen Kulturen eingetragen und kurz erläutert. Der Plakatkalender informiert auch allgemein über die Ziele und Inhalte des Landesprogramms und speziell zu den Fortbildungsangeboten in den Themenfeldern Vielfalt, Interkulturalität sowie Rassismus. Eine

Postkarte dient als Werbung für den Demokratiepreis und das Landesprogramm. Sie informiert über den Demokratiepreis und fordert dazu auf, Personen oder Initiativen für den Demokratiepreis vorzuschlagen. Die Give-aways (etwa Kugelschreiber, Klebezettel, Mappen für Veranstaltungen, Tassen, Beutel) – bedruckt mit dem Logo von DenkBunt und der Webadresse – dienen zur Werbung und Wiedererkennung des Landesprogramms.

5.4 Demokratiepreis

Seit dem Jahr 2013 wird jährlich der Thüringer Demokratiepreis verliehen. Mit dem Demokratiepreis werden gute Ideen und Praxisbeispiele, besonderes Engagement, innovative Handlungsansätze und Erfolge in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit anerkannt und ausgezeichnet. Diese Art von Einsatz und Zivilcourage will das Landesprogramm sichtbar machen, wertschätzen und unterstützen.

Es können Initiativen, Vereine und Verbände, regionale Projekte, aber auch Einzelpersonen ausgezeichnet werden. Für den Demokratiepreis kann man vorgeschlagen werden oder sich selbst bewerben. Es werden drei Hauptpreise sowie bis zu vier Anerkennungspreise verliehen. Die Auswahl erfolgt durch eine Jury unter Vorsitz des Bildungsministers/der Bildungsministerin mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bürgerbündnissen, Medien, Wirtschaft, Sozialverbänden, Künstlern und Kirchen sowie der FSU Jena.

Die Auszeichnung gibt den Projekten oder Personen die Gelegenheit, ihre Ziele und Anliegen in einer breiten Öffentlichkeit darstellen und somit noch mehr Thüringerinnen und Thüringer ermutigen und anregen, sich für die Demokratie zu engagieren.

Es gingen im Jahr 2017 über 30 Vorschläge aus ganz Thüringen ein, worunter Einzelpersonen, Vereine, Initiativen, aber auch eine Schulklasse nominiert wurden. Der 1. Preis ging an die Initiative „Kein Platz für Nazis – Themar bleibt bunt“ – eine Initiative, die sich in dem kleinen Ort mithilfe vielfältiger Gegenaktionen gegen die Rechts-Rock-Szene im Landkreis Hildburghausen engagiert und damit ein klares Zeichen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit setzt. Der 2. Preis wurde an den „Erfurter Frühstücksbus“ verliehen. Das von Studierenden der Erfurter Universität entwickelte und umgesetzte Projekt lädt Bürgerinnen und Bürger etwa vor Einkaufsmärkten zum Frühstück ein, um so zu politischen Themen ins Gespräch zu kommen. Mit dem 3. Preis wurden die Macherinnen und Macher der Fotoausstellung „Mit unseren Augen – Gedanken in Bildern“ geehrt – eine Wanderausstellung Thepra Landesverbandes Thüringen e. V. und Sömmerdaer Jugendtreff B 27 von und mit geflüchteten Jugendlichen.

Die Preise wurde in Anwesenheit des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und des Bildungsministers Helmut Holter verliehen.

6. Fazit

Seit seiner Einrichtung im Jahr 2011 wurde das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit kontinuierlich ausgebaut und weiterentwickelt. Die inzwischen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen ermöglichen derzeit die bedarfsgerechte Unterstützung eines umfassenden Unterstützungssystems, einer großen Projektvielfalt und die Bearbeitung der unterschiedlichen Themenfelder des Landesprogramms.

Mit der Durchführung der Konzeptauswahlverfahren für die Strukturprojekte wurde eine mittelfristige Planungssicherheit für die ausgewählten Angebote geschaffen. Die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluation bestätigen den etablierten Projekten eine hohe Fachlichkeit und eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung.

Das Jahr 2017 war in mehrerer Hinsicht ein Übergangsjahr für das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Nach der Überarbeitung in 2016 wird es seit 2017 in der aktuellen Form umgesetzt. Eine wesentliche Neuerung ist dabei der Fokus auf Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

In diesem Sinne wurden auch die Leitziele des Landesprogramms aktualisiert: weg von Zielen der Implementation des Programms und der allgemeinen Sensibilisierung der Bevölkerung für seine Themen, hin zur stärkeren inhaltlichen Aufladung der Ziele im Hinblick auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte, einer Stärkung der demokratischen Beteiligung und der Ausgestaltung der Partnerschaft von Zivilgesellschaft und Staat.

Als Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm bilden sich die neuen Zielsetzungen des Programms auch in der Projektlandschaft ab. Gleichzeitig ermöglicht es das Landesprogramm auch auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren und neue Themen zu bearbeiten.

Mit der sehr dynamischen Entwicklung der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ konnten etablierte Angebote verstärkt werden und es haben sich zusätzliche Spielräume für die Bearbeitung von aktuellen Herausforderungen, beispielsweise im Themenfeld Islamismus, aufgetan. Das Landesdemokratiezentrum stellt hier die möglichst optimale Nutzung der Möglichkeiten bei gleichzeitig guter Abstimmung mit bereits bestehenden Angeboten und/oder Regelstrukturen sicher. Für die nächsten Jahre ist hier vor allem eine Konsolidierung der verschiedenen Aktivitäten anzustreben.

Die inhaltliche Neuorientierung machte auch eine Neuausrichtung des Fortbildungsprogramms innerhalb des Landesprogramms notwendig. Diese wurde im Jahr 2017 mit einer Neustrukturierung der Themensäulen und einem Interessenbekundungsverfahren zur Gewinnung weiterer Fortbildungsträger umgesetzt. Das aktualisierte Programm ist inzwischen fertiggestellt und wird bei guter Nachfrage fortgeführt.

Und nicht zuletzt dient das Landesprogramm der Unterstützung aller Aktiven und Engagierten für eine demokratische, tolerante und weltoffene Gesellschaft. Dies ist nur mit einer lebendigen und diskursfreudigen Zivilgesellschaft zu erreichen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Thüringer Bürgerinnen- und Bürgerbündnissen – nicht nur in den Gremien des Landesprogramms – ist auch weiterhin ein zentrales Anliegen des Programms.